DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

KOMM ZU DEN BESTEN! **Komm zu uns!** ➔ Seite 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 180, Samstag, 6. Juli 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN



Jens Spahn (CDU), was ist mit den Belogenen, den Totgespritzten und Verstümmelten, den gequälten Kindern, mit den Verfemten und auf Demonstrationen Verprügelten, den überfallenen Ärzten? Der Immobilienhändler und zwischenzeitliche Tyrann im Gesundheitsministerium mit Maske. Foto: Ruptly

Wird es diesem Lügner gelingen, diese Zeitung zu zerstören?

»Achtung *Fake News*«, hatte Jens Spahn am 14. März 2020 auf *X-Twitter* veröffentlicht.

»Es wird behauptet und rasch verbreitet, das Bundesministerium für Gesundheit/die Bundesregierung würde bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen«, ließ der Gesundheitsminister verbreiten, »das stimmt NICHT! Bitte helfen Sie mit, ihre Verbreitung zu stoppen.« Der Wahn der »Lockdowns« (Niederschlüsse) und der Spritzengenozid werden von vielen Menschen noch verdrängt. Kinder wurden gequält und geplant in Angst und Schrecken versetzt (BMI-Panikpapier), Alte isoliert, Totenscheine gefälscht und die Leichen ohne Bestattung beseitigt. Familien wurden zertrennt, Kollegien zerrissen, Oppositionelle verfemt, verfolgt und teils totgeprügelt.

Dabei war »Covid« keine Seuche, kein »Labor-Virus«, sondern die übliche Grippe. Die »Plandemien« sind geplante Lügen, sogenannte »Psy-Ops«, ein Angriffskrieg auf das eigene Volk, Grundgesetz, Menschenrecht, Nürnberger Kodex, die Zehn Gebote. Staat und Medien haben sich selbst delegitimiert, trommeln nun zur Weltkriegsvorbereitung.

Doch es gibt Hoffnung, denn nicht alle unterwerfen sich der Tyrannei, die auf den Zusammenbruch des US-Finanzkapitalismus zurückgeht. Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung verbreitet sich seit 28. März 2020 bundesweit (*NichtOhneUns.de*) und ihre Zeitung – diese hier – klärt weltführend auf. Nun will Spahn deren Gründer, den Journalisten Anselm Lenz, angreifen. Die kommenden Daten:

11. Juli 2024 Beide müssen anwesend sein: Der öffentliche Prozess Jens Spahn vs. den Journalisten Anselm Lenz, 11. Juli, 13 Uhr (1 Stunde eher anreisen), Landgericht Berlin 1, Turmstraße 91, 10559 Berlin, vorsitzende Richterin Farivar Meemar.

2. August 2024 »Corona-Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof werden«, rief Spahn bei unseren Kollegen von *NTV* aus. Am Abend des 2. August eröffnet das Volk nun »Das Corona-Tribunal – der Querdenkergerichtshof« in Berlin.

3. August 2024 Triumphzug durch Berlin, 12 Uhr Reuter-Platz!

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW180

DW arbeitet zu über 90 Prozent mit Originalbeiträgen für diese Zeitung. In dieser Ausgabe featuren und ehren wir verschiedenstee Online-Blogger und Journalisten (w/m).

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 180. Ausgabe ab Samstag, 6. Juli 2024. | Redaktionsschluss war am 4. Juli. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteure: Anselm Lenz,.Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Marwin Benfer, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Dr. jur. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S•M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Jahresabo: DemokratischerWiderstand.de/Abo

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung**, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Von den Bergen an den See

Der Preis der Republik geht an Ignaz Bearth
Laudatio von Batseba N'Diaye

Es ist der dunkle Impfwinter 2021/22. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will »keine roten Linien mehr« kennen. Der allgemeine Injektionszwang droht.

Deutschlandweit gehen jeden Montag die Menschen auf die Straße. Überall, dezentral, massenhaft. Wie den Überblick erhalten? – Hier kommt Ignaz Bearth.

Der Schweizer am ungarischen Plattensee sichtet die *Live-Übertragungen*, die in sämtlichen Regionen des Landes ins Netz gestellt werden und macht die Video-Schau der Revolution, welche dabei ist, sich zu entfalten. »Werden heute die Menschen den Spaziergang nutzen, um in ihre Rathäuser zu gehen?«, fragt mich manch einer. Und wer die Antwort am Abend selber wissen wollte, schaute Iganz Bearth, der einen beachtlichen Überblick über die rund 1.000 Versammlungen zeitgleich hatte, die in jenem Winter stattfanden.

Er selber berichtet erst über den Verfassungsbruch in der Schweiz mit seiner Kamera. Und über den Widerstand dagegen, wofür er selber von der Staatsmacht angegriffen wird – und seine Vidoes gelöscht. Er wandert aus und berichtet nun aus dem ungarischen Exil, wo er eine Anlaufstelle für Deutschsprachige in Ungarn aufbaut. Für Menschen, die vor dem Coro-NA-TO-Kriegsregime das Weite suchen. Und immer noch zeigt er auf, dass seit viereinhalb Jahren die Menschen massenhaft auf die Straße gehen. Für die Ausdauer, die Disziplin und die Schaffenskraft gebührt ihm Anerkennung, Dank und der Preis der Republik.

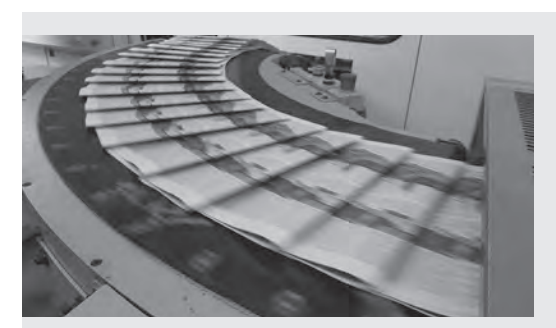
Auch für die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) war Bearth mehrfach ein sehr freundlicher *Interviewer* über die eine oder den anderen-weltanschaulichen Unterschied hinweg. Zusammen mit seiner deutschen Lebenspartnerin organisiert Béarth in Ungarn Pressefreiheit und wichtige Information.

Denn allen, die die Jahre ab 2020 aktiv auf der Straße mitgemacht oder nur gesehen haben, ist bewusst: Dieses Regime agiert tyrannisch, es darf und muss bekämpft, niedergeworfen und unschädlich gemacht werden.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN IGNAZ BEARTH.

Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Zeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz (2020), Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, die unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Bürgerjournalist »Weichreite«, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Prof. Dr. Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Dr. Hans-Rudolf Milstrey, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Michael Stürzenberger, Monika Donner, Marcus Fuchs, Michael Wittwer.



Das nächste Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dichtgemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Fäser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Freiheit

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

Arg verstimmt hat mich in den letzten Monaten diese Mangelerfahrung: Der Western, dieses uramerikanische Genre, ist weitestgehend aus den TV-Programmen verschwunden.

Ist das Zufall oder steckt dahinter eine bestimmte Medienpolitik und Strategie der TV-Kundenbetreuung gemäß der Direktive: Wir müssen den Zuschauer an die Hand nehmen?

In einem Anflug von trotziger Evidenz vermute ich einfach mal: Ja, dahinter könnte durchaus eine perfide Absicht stehen. Will man uns bewusst derart vitale Bilder vorenthalten: Weite Landschaften, die in glühende Farben getaucht sind; Reiter, die aus einer numinosen verstaubten Ferne auftauchen – eine Ferne, in die sie später nach ihrer Bestimmung wieder eintauchen werden. Es ist ein Spiel aus Verlorenheit, Aufbruch und endgültigem Verschwinden, das uns in einen Spiegel unserer Sehnsüchte sehen lässt – Zielpunkt ist eine Freiheit, die sich im Western in zutiefst visuell sinnlicher Weise zu erfüllen scheint.

WESTERN VS. JAMES-DEAN-DOKU

Ganz andere Eindrücke von der Sehnsucht nach Freiheit vermittelten sich mir während einer Autofahrt durch Ohio anlässlich meiner Filmarbeiten zu einer James-Dean-Dokumentation vor ein paar Jahren. Wir fuhren auf endlos geraden Straßen, die an den Rändern, leicht verdeckt durch Buschwerk, umsäumt waren von Wohnwagen, die besonders durch ihre Länge und Beengtheit auffielen. Sie erinnerten eher an ausrangierte schmuddelige Eisenbahnwaggons als an bewegliche Domizile. Man konnte auch kaum glauben, dass sie sich je wieder von der Stelle rühren und in den großen Verkehrs-*Flow* eingliedern könnten.

Wer mochte in diesen schlauchartigen Gebilden wohnen? Sollten die Bewohner, sozial Abgehängte vermutlich, die Opfer eines fehlgeleiteten Traums von Freiheit sein? Mein von Hollywoodeinstellungen durchseuchtes Hirn hatte damals mit einem Widerspruch zu kämpfen: hier der Westener, der Held des in Unendlichkeit getauchten Raums; dort der Bewohner der Waggons, der gegen alle Trivialität seines Alltags an seinem Traum von Freiheit festhält.

Gönnen wir ihm diesen Traum – und uns. Was könnte indes die TV-Programmgestalter bewogen haben, uns gerade in diesen Zeiten die suggestiven Bilder der Freiheit vorzuenthalten? – Wie wir wissen: Freiheit, so etwas mögen die Plandemisten des neuen Menschen nicht. Aber Gemach: Es wird wohl doch eher Zufall sein, dass die Western aus unserem Gesichtsfeld verschwinden. Oder?

PERVERSE PROFITSPRITZEN

Neugeborene sollen mit monoklonalen Antikörpern geimpft werden
***STIKO-Empfehlung gegen RSV-Erkrankungen** | Von Kai Rebmann, reitschuster.de*

Die Vorbehalte gegen Gentechnik sind bei vielen vor allem dann besonders groß, wenn es um entsprechend modifizierte Lebensmittel geht. Deutlich weniger Probleme haben dieselben Bedenkenträger aber, wenn eben solche Stoffe direkt in unsere Venen gespritzt werden sollen. So war es bei der sogenannten Corona-Impfung und so zeichnet es sich jetzt auch wieder bei einer neuartigen Immunisierung gegen RSV ab.

Ab sofort sollen Neugeborene in Deutschland »möglichst rasch« nach der Geburt gegen das Respiratorische Synzytial-Virus immunisiert werden. Konkret heißt das, im Rahmen der »Vorsorgeuntersuchung U2, die am 3. bis 10. Lebenstag durchgeführt wird«. So empfiehlt es das Robert Koch-Institut (RKI), das hierzu auf eine aktuelle Pressemitteilung der Ständigen Impfkommission (STIKO) verweist.

Doch damit noch nicht genug. Weiter heißt es: »Erstmalig spricht die STIKO eine Prävention mit monoklonalen Antikörpern als Standardempfehlung aus.« Gemeint ist damit in diesem Fall der Wirkstoff Nirsevimab, sprich ein Präparat, das in der Gentechnik aus den Ovarialzellen des Chinesischen Goldhamsters gewonnen und hergestellt wird.

BRANDSTIFTER WILL DEN FEUERWEHRMANN MIMEN

Dabei spielte das RSV in der öffentlichen Wahrnehmung bis vor wenigen Jahren überhaupt keine Rolle. Eine Infektion mit diesem Erreger, die in der Regel die unteren Atemwege betrifft und sich durch Husten, Schnupfen und Fieber bemerkbar macht, war für Babys ebenso normal wie in den meisten Fällen auch nicht mit einem erhöhten Risiko verbunden. Das änderte sich erst, als das Virus ab dem Spätjahr 2022 auf Kinder traf, die infolge der Corona-Maßnahmen über praktisch keinerlei natürliche Immunität mehr verfügten.

Plötzlich war und ist RSV in aller Munde. Schwere bis hin zu tödliche Verläufe einer zumindest bei ansonsten gesunden Babys eher harmlosen Erkrankung nahmen in einem nie zuvor gekannten Ausmaß zu. Kinderkliniken in ganz Deutschland – und nicht nur da – standen zeitweise vor dem Kollaps, das Gesundheitssystem zeigte sich überlastet, wie es selbst zu »besten« Corona-Zeiten zu keinem Zeitpunkt war.

MONOKLONALE ANTIKÖRPER SIND »IM LABOR HERGESTELLTE PROTEINE«

Diese Hintergründe sind wichtig, um die jüngste Empfehlung aus dem Haus besser einzuordnen, das für einen Großteil der so verhängnisvollen Corona-Maßnahmen mitverantwortlich zeichnete. Denn einmal mehr betreiben RKI und STIKO schlicht Augenwischerei, wenn versprochen wird, dass es sich bei Nirsevimab um einen Antikörper handele, »der nach Verabreichung einen sofortigen Schutz gegen RSV-Erkrankungen« biete und bei »zeitgerechter Gabe über die gesamte 1. RSV-Saison« schütze. Diese Sätze suggerieren frischgebackenen Eltern, dass ihr Neugeborenes dadurch einen vollständigen und sicheren Schutz gegen RSV und die hierdurch ausgelösten Krankheiten erhält. Doch davon wollen nicht einmal die Hersteller etwas wissen. Und auch die Behörden anderer Länder geben sich deutlich vorsichtiger. So geht etwa die australische TGA (*Therapeutic Goods Administration*) von einer Schutzwirkung im Bereich von 75 bis 80 Prozent aus.

Bei monoklonalen Antikörpern handelt es sich streng genommen ebenso wenig um eine Impfung im klassischen Sinne wie bei den als solche bezeichneten Genfähren im Zusammenhang mit Corona. Dr. Sandra Fryhofer, eine renommierte Expertin für Innere Medizin und Professorin an der Emory University in Atlanta (USA), erklärt das Wirkprinzip von Nirsevimab und Konsorten in einem Interview so: »Mit einem Impfstoff verabreichen Sie ein Präparat, um die körpereigene Immunreaktion zu stimulieren und so vor einer bestimmten Krankheit zu schützen. Das ist impf-induzierte Immunität. Diese monoklonalen Antikörper bieten passive Immunität. Es sind im Labor hergestellte Proteine, die die Fähigkeit des Immunsystems zur Bekämpfung von Infektionen nachahmen. Sowohl Impfstoffe als auch monoklonale Antikörper gelten als Immunisierungen.«

Und auch über die Kosten weiß Fryhofer einiges zu berichten. So hätten Vertreter des Pharma-Giganten Sanofi bei einer entsprechenden Tagung in den USA einen »wahrscheinlichen Preis« von 395 bis 495 Dollar pro Dosis genannt, und zwar unabhängig davon, ob – je nach Gewicht des Babys – 50 oder 100 mg des Stoffs verabreicht werden. Noch lukrativer wird das Geschäft der Expertin zufolge bei älteren Kindern, die in ihre »zweite RSV-Saison« eintreten. Hier würden 200 mg verabreicht, was nicht nur der doppelten Dosis entspreche, sondern auch doppelt so hohen Kosten in Höhe von »fast 1.000 Dollar für diese Schutzdosis für die zweite Saison«.

Ein Gewinner der erstmals ausgesprochenen STIKO-Empfehlung für eine Immunisierung durch monoklonale Antikörper steht auf jeden Fall jetzt schon fest!

Dieser Text erschien am 2. Juli 2024 zuerst auf dem Blog reitschuster.de. *Wir danken dem Autor Kai Rebmann und den Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.*



IN #DW180 EHREN WIR UNSERE ONLINE-KOLLEGEN
Diese Zeitung arbeitet zu über 90 Prozent mit Originalbeiträgen für jede Ausgabe. In #DW180 gehen wir verstärkt auf Online-Journalisten ein, an dieser Stelle: Unser Kollege Boris Reitschuster und sein Team. In 16 Jahren als *Focus*-Korrespondent in Moskau ist Boris Reitschuster »allergisch geworden gegen Journalisten-Kollegen, die brav die Regierung loben und umso heftiger die Opposition kritisieren«. Auf *reitschuster.de*, im Dezember 2019 gestartet, bietet er »einen Kontrast zum ›betreuten Informieren‹.« Foto: meridiancz

MELDUNG

VOGELGRIPPE DIE NÄCHSTE PLANDEMIE?

Colorado/DW. Am 4. Juli 2024 vermeldeten mehrere Konzernmedien übereinstimmend, dass in den USA erneut ein Mensch – eine Frau, die im Bundesstaat Colorado in einem Milchviehbetrieb arbeitet – nach Kontakt mit Kühen an der Vogelgrippe erkrankt sein soll. Angeblich sei dies der vierte Fall innerhalb weniger Monate. Möglich, dass nach Corona und dem gescheiterten Versuch mit den Affenpocken nun die nächste Plandemie vorbereitet wird. Die Konzernmedien schüren bereits wieder Panik, unter anderem indem sie mal wieder ausschließlich »ihre Experten« bringen. (kmü)

SCHIRI-ASSISTENT BRICHT ZUSAMMEN

Kansas City/DW. Bei der Copa América in den USA, dem südamerikanischen Gegenstück zur Fußball-Europameisterschaft, ist am 26. Juni 2024 beim Spiel zwischen Kanada und Peru, das 1:0 endete, Schiedsrichterassistent Humberto Panjoj aus Guatemala kurz vor dem Pausenpfiff kollabiert. Nachdem er behandelt wurde, konnte er wieder aufstehen und wurde anschließend in ein Krankenhaus gebracht. Der von Bill Gates bestochene *Spiegel* macht die Hitze als mögliche Ursache für den Zusammenbruch aus, setzte nach Angaben des Telegramkanals *Post-Vac Fußball*, der Presseberichte über medizinische Notfälle im Fußball sammelt, im Artikel »die Temperatur ein wenig herauf«. Der Kanal weist darauf hin, dass derartige Vorfälle seit den Masseninjektionen sowohl im Sommer als auch im Winter zu beobachten sind (DW berichtete mehrfach). (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.841	95.999
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.400	87.196
Mrz.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.230	84.204
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	85.000	78.898
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.486	80.236
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	77.051	
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.468	
Aug.	73.444	78.742	76.402	86.507	78.413	
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	75.863	
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	85.022	
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	89.654	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	100.488	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	1.027.916	426.533

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Annalena auf Sonnenkönigs Spuren

Kommt die nächste Plandemie? – Neues aus Absurdistan, der satirische Wochenrückblick

Liebe Leser, unsere Hochbegabte im Außenministerium sorgt mal wieder für Wirbel. Auf einer Veranstaltung der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin am 1. Juli übte sich das grüne Sprachwunder einmal mehr in verschärfter Eskalationsrhetorik gegenüber Russland. Sie erklärte, man werde »jeden Quadratzentimeter unseres Europas« verteidigen und unterließ es dabei, zwischen der Europäischen Union und dem geografischen Europa zu unterscheiden.

Ihre Worte veranlassten unseren Kollegen Florian Warweg von den *Nachdenkseiten* zu folgendem *Tweet*: »Wertes Auswärtiges Amt, Eure Chefin hat heute erklärt, es gelte ›jeden Quadratzentimeter Europas‹ gegen Russland zu verteidigen. Nur um sicher zu gehen, weiß Annalena Baerbock, dass rund 40 Prozent der europäischen Landfläche zu Russland gehören? Falls ja, will sie von diesen 40 Prozent auch jeden Quadratzentimeter verteidigen? Frage für einen verunsicherten Bundeswehr-General ...«



Immerhin markierte sein Absolutismus einen Höhepunkt der Kultur- und Kunstproduktion in Europa, während die pervers-asozialen Kriegstreiber und Spritzenmörder der Gegenwart Theater schließen ließen und hemmungslos ihre Dummheit präsentieren. Auf dem Gemälde: Ludwig XIV. im Krönungsornat, Porträt von Hyacinthe Rigaud aus dem Jahr 1701, Musée du Louvre (beschnitten). Foto: Wartburg.edu/gemeinfrei

BÄRBOCK UND WÜST WIE FRISCH VERLIEBT

Annalena (Bärbock, Bündnisgrüne) hat derzeit wirklich viel um die Ohren. Am 29. Juni weilte sie beim Fußball-EM-Achtelfinalspiel zwischen Deutschland und Dänemark, schmiegte sich auf der Tribüne im kurzärmeligen weißen Deutschland-Trikot für ein Bild, das hinterher »viral ging«, eng an Hendrik Wüst (CDU). Politisch ist man ja längst auf einer Linie, aber möglicherweise geht da noch mehr: Die beiden sahen wie ein frisch verliebtes Paar aus. Schade nur, dass sich Innenministerin Nancy Fäser (SPD) auf das Foto schummelte: Breit grinsend wirkte sie dabei wie ein aufdringliches Fan-Girl der beiden, das jegliche Romantik zerstörte. »120 Jahre Knast auf einem Bild«, kommentierte eine Nutzerin im Telegramkanal von unserem Kollegen Henning Rosenbuchs spöttisch. Na, man muss doch auch mal gönnen können, finde ich.

WARUM FAHREN, WENN MAN DOCH FLIEGEN KANN?

Auch beim vorherigen 1:1 im Gruppenspiel gegen die Schweiz in Frankfurt am 23. Juni saß Annalena auf der Tribüne. Nach der Partie hatte sie es ganz eilig, flog per Sondermaschine der Bundeswehr 181 Kilometer nach Luxemburg, wofür sie mal eben das von der grünen Verbotspartei erstrittene Nachtflugverbot aufheben ließ. »Wasser predigen und Wein saufen«, schrieben unsere Kollegen vom Nachrichtenblog *nius.de* dazu. Kann man so nicht jeden Artikel über die Grünen einleiten?

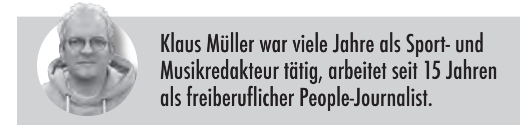
Kollege Jens Berger, ebenfalls von den *Nachdenkseiten*, kommentierte etwas treffender: »Wer privat die Flugbereitschaft der Bundeswehr nutzt, nutzt sie wie einen Privatjet – so wie es sonst nur Superreiche tun und dafür von ebenjenen Politikern kritisiert werden, die anscheinend selbst für ihr privates Vergnügen gerne im ›eigenen‹ – vom Steuerzahler finanzierten – Jet fliegen. Während ›die da unten‹ den Gürtel enger schnallen und das Klima retten sollen, hat sich bei der politischen Elite ein *Lifestyle* eingeschlichen, der mit dem Bild eines volksnahen Politikers nicht einmal mehr im Ansatz zu vergleichen ist.« – Wie heißt es doch in Peter Schillings Kulthit »Major Tom«, Tor-Hymne bei der EM: »Völlig losgelöst von der Erde ...« Spötter allerdings zitieren in diesem Zusammenhang lieber ein Lied von Reinhard Mey – in etwas abgewandelter Version: »Über den Wolken muss die Dreistheit wohl grenzenlos sein ...« Andererseits: Woher sollte Annalena wissen, dass sie mit dem Auto ähnlich schnell in Luxemburg ist wie mit dem Flugzeug? Vielleicht ist ja Luxemburg das »Land, das Hunderttausende von Kilometern entfernt liegt«, von dem sie Ende 2022 sprach, obwohl die Erde, wie Drittklässler wissen, nur einen Umfang von ziemlich genau 40.000 Kilometern hat. Und die Deutsche Bahn hätte ihr der Steuerzahler sicher nicht zumuten wollen. Das abgewrackte und total verkommene Frankfurter Bahnhofsviertel, wegen seiner unzähligen Drogen- und Alkoholleichen auch »Zombieland« genannt, ist einer deutschen Außenministerin schließlich absolut unwürdig. Mal ganz abgesehen davon, dass sie mit dem Zug vermutlich bis heute noch nicht angekommen wäre.

Eine zwingend notwendige Ausgabe auf Steuerzahlerkosten sind übrigens auch die stolzen 136.500 Euro, die das von Annalena geführte Außenministerium 2022 in eine Maskenbildnerin investierte. In einem Gespräch mit *RND*, *NDR* und *HAZ* rechtfertigte sie sich nun dafür: »Ansonsten sieht man aus wie ein Totengräber.« Stimmt, man muss ihr das ja nicht auch noch ansehen. Das nennt man wohl einen Freudschen Versprecher, was? Natürlich hätte sich die laut Alice Weidel (AfD) »am teuersten frisierte Außenministerin aller Zeiten« auch wie einst Sonnenkönig Ludwig XIV. äußern können: *« L'État, c'est moi! »* (dt.: »Der Staat bin ich«). Aber sie macht es eben lieber auf die charmante Tour.

BALD WIEDER WILDE SPRITZEREI – DIESMAL FÜR HALBE HÄHNCHEN?

In schlimmen Zeiten wie diesen sollte man sich ohnehin nicht so sehr über derartige Lappalien aufregen, denn wir haben Probleme, die deutlich schwerer wiegen. Nein, damit meine ich nicht Ricarda Lang, sondern vielmehr die nächste Plandemie, die offenbar im Anmarsch ist und gegen die das todbringende Coronavirus – wenn man den Lügenmedien und ihren völlig unabhängigen Top-Experten Glauben schenken mag – nur »ein Spaziergang« gewesen sein soll. Na ja, ich kann mich an unzählige Spaziergänge in dieser Zeit erinnern, weshalb ich die Aussage nicht ganz verstehe. Die Vogelgrippe jedenfalls soll nicht nur »hochansteckend«, sondern zudem bereits »außer Kontrolle« geraten sein. Maßnahmen müssen also her. Niemand Geringeres als Christian Drosten regt bereits an, man solle nun »darüber nachdenken, Kühe zu impfen«. – »Warum nicht? Mit den Schafen hat es schließlich auch geklappt«, kommentiert Henning Rosenbusch in seinem Telegramkanal ganz treffend. Was für ein Glück, dass die EU für uns schon 665.000 Vogelgrippe-Impfdosen bestellt hat mit der Option auf 40 Millionen weitere Dosen (DW berichtete). Ich frage mich: Gibt es dann auch wieder Bratwürste? Oder wird diesmal was anderes aufgetischt? Vielleicht ja – passenderweise – knusprige halbe Hähnchen! Oder mal was Veganes?

Wie heißt doch eine alte Fußballerweisheit – leicht abgeändert in Worten von *Big Pharma*: »Nach der Plandemie ist vor der Plandemie.« Aber es gibt auch gute Nachrichten, richtig gute sogar: Die Bundespolizei Berlin und Brandenburg hat einem 68-jährigen deutschen Rentner am Bahnhof Alexanderplatz sein kleines Brotzeitmesser abgenommen und feierte sich dafür am 30. Juni auf X. Völlig zurecht, wie ich meine, denn man darf davon ausgehen, dass mit diesem Coup höchstwahrscheinlich ein weiterer Putschversuch verhindert werden konnte. Sahen offensichtlich auch viele X-Nutzer so, nicht wenige von ihnen sprachen von »Heldenmut« und freuten sich gemeinsam mit der Polizei. Ein Nutzer allerdings gab zu bedenken: »Ihr habt einem vermutlich guten Bürger die letzte Möglichkeit der Selbstverteidigung genommen« und spielte damit wohl auf die vielen Messer-, Säbel- und Machetenmänner in Buntland an. Tja, so ist das eben: Irgendjemand hat immer was zu meckern.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

MASKEN-DEALS UND DAS AGB-RECHT

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Zu Beginn der Corona-Zeit bestellte der Bund Unmengen an Masken, die am Ende kein Mensch brauchte. Dafür blechen muss der Steuerzahler. Denn bei der Gestaltung der Lieferverträge wurden vermeidbare Fehler gemacht.

Das Bundesgesundheitsministerium bestellte im Frühjahr 2020 Masken im sogenannten *Open-House-Verfahren* (dt. Offenes-Haus). Ein solches Verfahren ist, so das Oberlandesgericht Köln (OLG-Urteil vom 21. Juni 2024 – 6 U 112/23), *»dadurch geprägt, dass ein öffentlicher Auftraggeber zum Zwecke der Güterbeschaffung Rahmenvertragsvereinbarungen veröffentlicht, zu deren Bedingungen jeder interessierte Lieferant ein vorformuliertes Angebot abgeben kann, das dann per Zuschlag angenommen wird, ohne dass eine Auswahlentscheidung getroffen wird.«*

Diesem Vergabeverfahren lagen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bundes zugrunde, in denen es in Ziffer 3.2. unter anderem hieß: *»Spätester Liefertermin ist der 30. April 2020 innerhalb der Geschäftszeiten gemäß S. 1. Bei Nichteinhaltung des spätesten Liefertermins entfallen die gegenseitigen Pflichten der Vertragspartner; eine verspätete Lieferung stellt keine Erfüllung des Vertrages durch den AN dar (absolutes Fixgeschäft).«*

➔ Weiter Seite 5

(Fortsetzung von Seite 4) **Im Klartext: Wenn die Masken nicht bis spätestens zum 30. April 2020 geliefert waren, sollten sie weder abgenommen noch bezahlt werden.**

Das OLG Köln hatte im vorstehend zitierten Urteil (vereinfacht dargestellt) über die Klage des Bundes gegen zwei Maskenlieferanten zu befinden, die am 4. Mai 2020 angeblich mangelhafte Masken geliefert hatten. Der Bund trat deshalb vom Kaufvertrag zurück und wollte sein Geld wiederhaben. Diesen Rücktritt ließ das OLG nicht gelten und wies die Klage ab: Die soeben wiedergegebene Klausel in den AGB des Bundes sei unwirksam.

Um dieses Urteil zu würdigen, muss man wissen, was Juristen unter einem Fixgeschäft verstehen. Wir unterscheiden ein absolutes und ein relatives Fixgeschäft:

• Ein absolutes Fixgeschäft liegt vor, wenn eine verspätete Leistung gar keinen Sinn mehr ergibt. Schulbeispiel ist die Hochzeitstorte, die am Tag nach der Hochzeitsfeier geliefert wird: Zu diesem Zeitpunkt kann kein Mensch mehr etwas mit der Torte anfangen. Die verspätete Leistung steht einer unmöglichen Leistung gleich; für sie wird kein Geld geschuldet (Paragraph § 326 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch BGB).

• Ein relatives Fixgeschäft (§ 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB) liegt vor, wenn der Gläubiger zwar auch mit einer verspäteten Leistung noch etwas anfangen könnte, aber deutlich gemacht hat oder sich aus den Umständen ergibt, dass er an der Leistung nur interessiert ist, wenn sie pünktlich eintrifft. Beispiel ist der *Just-in-Time-Liefervertrag*: Autohersteller A bestellt bei Zulieferer Z elektrische Fensterheber, zu liefern am 3. Juli 2024 direkt auf das Fließband. A wird zwar auch in Zukunft noch elektrische Fensterheber benötigen, daher objektiv betrachtet auch mit einer verspäteten Leistung noch etwas anfangen können. Er hat aber deshalb *just in time* bestellt, weil er die Lieferung sofort im Produktionsprozess verarbeiten und nicht erst lagern will; wenn die Lieferung zu spät eintrifft, stehen die Bänder still. Der Gläubiger kann sich dann sofort vom Vertrag lösen.

Solche Fixgeschäfte sind die absolute Ausnahme. Der Regelfall ist, dass der Gläubiger, bevor er sich vom Vertrag löst und die Bezahlung der Lieferung endgültig verweigert, dem Schuldner eine sogenannte Nachfrist setzen muss (§ 323 Abs. 1 BGB): Er muss dem Schuldner eine zweite Chance geben, indem er darauf dringt, dass die ausgebliebene Lieferung nachgeholt beziehungsweise die mangelhafte durch eine mangelfreie Lieferung ersetzt wird.

»ANGEMESSENES GEFÜGE«

Diese zweite Chance, dieses sogenannte Recht der zweiten Andienung, stellt einen wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung dar. Die Gerechtigkeitsidee ist die folgende: Verträge sind dazu da, erfüllt zu werden, und nicht jede Störung rechtfertigt sofort eine Vertragsauflösung.

Die Erkenntnis, dass Ziffer 3.2. der Klausel in den Masken-Einkaufsbedingungen von einem solchen wesentlichen Grundgedanken abweicht, ist im vorliegenden Fall von wesentlicher Bedeutung. Denn bei dieser Klausel handelt es sich um eine AGB. AGB sind Klauseln, die eine Seite einseitig in den Vertrag einführt, salopp gesprochen: die sie der anderen Seite aufdrückt. Solche Klauseln gelten nicht allein schon deshalb, weil die andere Seite sich (notgedrungen) darauf eingelassen hat. Sie gelten nur, wenn ein angemessenes Gefüge an wechselseitigen Rechten und Pflichten bestehen bleibt.

Wenn dem Lieferanten das Recht genommen wird, ausgebliebene Lieferungen innerhalb einer vom Gläubiger gesetzten Nachfrist nachzuholen oder mangelhafte Lieferungen zu korrigieren, ist ein solches angemessenes Gefüge nicht mehr gegeben. Dann ist die Klausel nach § 307 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 1 BGB unwirksam. Dann gilt sie nicht – obwohl sie ursprünglich einvernehmlich dem Vertrag zugrunde gelegt worden war.

Diese Erkenntnis hat der BGH bereits mit Urteil vom 17. Januar 1990 (VIII ZR 292/88) überzeugend festgehalten. Das OLG Köln hat sie im hier besprochenen Urteil bestätigt. Der Bund bekommt sein Geld nicht zurück. Mit Recht.



Foto:Tobias Gembalski/Telegram

AUF ZUM 2. UND 3. AUGUST 2024 NACH BERLIN MIT QUERDENKERGERICHTSHOF AM FREITAGABEND UND UMZUG AM SAMSTAG!
»Der Umzug«, so der große Bürgerrechtler Michael Ballweg zu DW, »findet wie jedes Jahr am ersten Samstag des August in Berlin statt – und die große Querdenken-Demonstration. Diesmal unter dem Motto: Frieden, Freiheit und Freude!« Dieses Jahr übernimmt Ballweg wieder die Leitung. »Der Umzug beginnt um 12 Uhr Nähe Ernst-Reuter-Platz auf der Hardenbergstraße. Wir ziehen durch Schöneberg über den Ku'damm und werden am Ende auf der Hofjägerallee südlich der Siegessäule freudig von der Hauptkundgebung erwartet werden, die um 15:30 Uhr beginnt. Eigene Demowagen für den Aufzug können angemeldet werden auf f.querdenken-711.de/b0308-lkw/. Auf dem Bild: Sammlungsphase des Montagsspaziergangs am 1. Juli 2024 in Halle. Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung demonstriert seit 28. März 2020 bundesweit, in allen Regionen und fast täglich.

MELDUNG

CDU UND SCHLÄGERBANDEN MIT GEMEINSAMER HETZJAGD

Essen/DW. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Thomas Kufen (CDU), hatte bereits im Vorfeld des AfD-Parteitages, der am 29. Juni 2024 unter massiven Sicherheitsvorkehrungen in Essen stattfand, seine Unterstützung für die Proteste der gewalttätigen *Fake*-Antifa bekundet. Unter dem Motto »AfD-Parteitag verhindern«, hatten Regierungsanhänger zu Massenprotesten gegen die einzige größere Oppositionspartei mobilisiert. Kufen, der zuvor bereits vergeblich den Mietvertrag der AfD mit der Grugahalle auflösen wollte, hatte angekündigt, die Proteste anzuführen. Wie mehrere Medien übereinstimmend berichten, wurden bei den Demos mit einigen Tausend Teilnehmern, 28 Polizisten verletzt. AfD-Politiker waren bei ihrer Anreise teilweise einer Hetzjagd ausgesetzt. So wurden drei von ihnen zwischenzeitlich von einem wütenden Mob in einer Bäckerei festgesetzt. (kmü)

CHRUPALLA/WEIDEL BESTÄTIGT, HÖCKE MIT ZWEITEM FAKE-URTEIL

Essen/DW. Auf dem AfD-Parteitag am 29. Juni 2024 in Essen wurden die Vorsitzenden Tino Chrupalla (mit 83 Prozent der Stimmen) und Alice Weidel (80 Prozent) in ihren Ämtern bestätigt. Der thüringische Oppositionsführer Björn Höcke wurde am 1. Juli vom Landgericht Halle zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er auf einer AfD-Veranstaltung in Gera im Dezember 2023 den auch von der SA verwendeten Satz »Alles für Deutschland« gesagt haben soll. Die Strafe beläuft sich auf insgesamt 16.900 Euro. Schon im Mai 2024 war der AfD-Politiker zu 13.000 Euro verurteilt worden wegen der Verwendung des Satzes bei einer Veranstaltung in Merseburg, wogegen seine Verteidigung jedoch Revision einlegte. (kmü)

IN GEFAHR!

Wir sollten nicht vom Grundgesetz ablassen. | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Ist das Grundgesetz eine Erfolgsgeschichte? Ja. Das Grundgesetz *war* eine Erfolgsgeschichte, denn die Auslegung des Grundgesetzes ist inzwischen mehr als zweifelhaft geworden.

Da haben wir zum einen den Klima-Beschluss des Verfassungsgerichts aus dem Jahre 2021 von der Verfassungsrichterin Prof. Dr. Gabriele Britz. Dass Britz, die mit einem Grünen-Politiker verheiratet ist, auch selbst eine Klimaoideologin ist, belegt nicht nur ihr Lebenslauf, sondern auch ihr Vortrag aus dem Jahre 2022: »Klimagerechtigkeit und gutes Leben im Hier und Jetzt.« Grundrechte enthalten neben Abwehrrechten gegen den Staat auch, so meint Frau Professor Britz, Schutzpflichten. In ihrer Schutzpflichtdimension verpflichten die Grundrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes) und auf den Schutz des Eigentums (Artikel 14 Absatz 1 Grundgesetz) den Staat dazu, die Menschen vor Verletzungen durch Klimawandel zu schützen. So Britz in ihrem Urteil.

Dann haben wir die unglaubliche Entscheidung zur sogenannten einrichtungsbezogenen Impfpflicht unter dem umstrittenen Vorsitzenden des Verfassungsgerichts Stephan Harbarth. Der Staat habe im Dezember 2021 wegen der pandemischen Lage gegenüber den besonders gefährdeten Menschen eine Schutzpflicht gehabt, hätte also handeln müssen, so Harbarth. Und weil schwerwiegende Nebenwirkungen bei der Impfung sehr selten seien, sei es dem Pflegepersonal zumutbar gewesen sich »impfen« zu lassen. Ein Verstoß gegen die Menschenwürde würde auch nicht vorliegen, denn dies hätten die Beschwerdeführer gar nicht vorgetragen und das Gericht damit auch nicht zu prüfen. Das Gericht ging in seiner Entscheidung zu Unrecht davon aus, dass die Impfung einen Schutz vor einer Infektion bietet.

Was diesen Entscheidungen gemein ist, ist dass es immer um den Schutz der Bevölkerung vor abstrakten Gefahren geht, ob Umwelt oder Viren, und dass in beiden Fällen keine wirklichen Tatsachen vorliegen, ob eine solche angebliche abstrakte Gefahr wirklich besteht und in welchem Umfang. Auch nicht beachtet wird, dass Grundrechte abgewogen werden müssen. Um die Umwelt zu retten, kann man nicht die gesamte Industrie abschalten. Es gibt schlicht keine Verpflichtung, die sich aus Artikel 20 a Grundgesetz ergibt, dass sich die BRD in einen Öko-Bauernstaat verwandeln muss. Hinsichtlich einer Gefahr durch Viren kann man die Bürger eben nicht dazu verpflichten, bei einer bedingt zugelassen »Impfung« mitzumachen. Und dabei noch zu zu behaupten, dass ja niemand gezwungen würde – schließlich könne man sich einen anderen Beruf suchen.

ABWEHRRECHTE GEGEN DEN STAAT

Hinzu kommen politische Entscheidungen, die niemals vom Verfassungsgericht überprüft wurden, wie der Alleingang der Ex-Kanzlerin Merkel bei der sogenannten Willkommenskultur. Die Auswirkung dieser Entscheidung Merkels ohne das Parlament zu befragen, wirken übrigens bis heute fort. Millionen Flüchtlinge und eben nicht Asylsuchende kamen inzwischen illegal nach Europa und insbesondere nach Deutschland. Das Asylrecht wird damit seit Jahren millionenfach missbraucht. Denn das Asylrecht ist das Recht von Menschen, die politisch verfolgt werden. Alles weitere ist eine »freiwillige Leistung« unserer Gesellschaft, auf die eben kein Anspruch besteht, insbesondere nicht aufgrund des Asylrechts nach Artikel 16 a des Grundgesetzes.

Wichtig ist für mich ist die Neufassung des Artikels 23 des Grundgesetzes nach der Wende. Der Artikel zielt seitdem nicht mehr auf die Wiedervereinigung Deutschlands ab, sondern auf die Abgabe von Souveränität zu Gunsten der Europäischen Union (EU). Kaum dass Deutschland wiedervereinigt war, beschloss man also praktisch unbemerkt von der jubelnden Gesellschaft, die im Jahre 1990 auch noch den Fußballweltmeister stellte, dass man nun »ein gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa« werden wolle und als Dankeschön für die Wiedervereinigung auch noch die erfolgreiche Währung D-Mark aufgebe. Seitdem hat das wiedervereinigte Deutschland immer mehr Rechte an Brüssel abgeben müssen, ohne dass die EU es geschafft hätte, eine Verfassung zu beschließen. Wenn das Grundgesetz also nicht mehr zentral steht, was tritt an seine Stelle?

Nun: In der Präambel des Grundgesetzes steht immer noch, dass wir dem Frieden in der Welt dienen wollen. Wäre von Vorteil, wenn einige Mitbürger das Grundgesetz einfach mal lesen und versuchen würden, es zu verstehen.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-von-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Straße 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 MDR • Regional Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – :A Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
GÖRISRIED: Samstag 11.00 • Allgäuer Zeitung • Schildbürgeraktion
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. • Nachr. Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstraße 16

IMMER MONTAGS!

ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – COBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DOMBÜHL, 18:30 Uhr, am Marktplatz – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLWANGEN, 18 Uhr, vor dem Rathaus – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – JENA, 19 Uhr, am Holzmarkt – KAUFERING, 18 Uhr, am Bahnhof – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LANDSHUT, 18:30 Uhr, am alten Markt – LANGENSELBOLD, 18 Uhr, am Marktplatz – LANGENSTEINBACH, 18 Uhr, am Rathaus – MAMMENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – MARQUARTSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – MUNDERKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – NEUMÜNSTER, 18 Uhr, am Rathaus – OCHSENFURT, 18 Uhr, am Rathaus – OSTERRÖNFELD, 17:30 Uhr, am Bürgerzentrum – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus.



DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Art
Sa, 6.7.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 6.7.2024 11-14 Uhr	Berlin, Unter den Linden 4	Friedensfahrt
Sa, 6.7.2024 15-16:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Sa, 6.7.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 6.7.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 6.7.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 6.7.2024 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz, am Konzerthaus	Demoaufzug
Sa, 6.7.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 6.7.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 6.7.2024 18-20 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 6.7.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 7.7.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 8.7.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 8.7.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 8.7.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 8.7.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 8.7.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 8.7.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 8.7.24 18-19:30 Uhr	Solingen, Am Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 8.7.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 8.7.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 8.7.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 8.7.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 8.7.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 9.7.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 9.7.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 9.7.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 9.7.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 9.7.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 10.7.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 10.7.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 10.7.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 10.7.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 10.7.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 10.7.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 10.7.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 10.7.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 10.7.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 10.7.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 10.7.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 11.7.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 11.7.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 11.7.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 11.7.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 11.7.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 11.7.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 11.7.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 11.7.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 11.7.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 11.7.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 12.7.2024 18-19:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Fr, 12.7.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 13.7.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 13.7.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 13.7.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 6.7.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 13.7.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 13.7.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Fr/Sa, 2.8. (abends) und 3.8.2024 (ab 12 Uhr)	Berlin, Ernst-Reuter-Platz (3.8., 12 Uhr) Umzug zur Siegessäule (Bühne)	QD-Gerichtshof (2.8.) und GROßDEMOS (3.8.)
Mo, 5.8.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 7.8.2024 15-16:30 Uhr	Bielefeld, Rathausplatz	Spaziergang

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



DIE TYRANNEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Für Karl Hilz †, Gründer der Polizisten für Aufklärung

Die Menschheitsverbrechen »unter der Corona« harren Aufarbeitung und Bestrafung.

Schon im Jahr 2020 hatte der Gründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung, Anselm Lenz, in seinen Demo-Reden im ganzen Land darauf bestanden: »Die Todesstrafe bleibt abgeschafft!« Ein recht eindeutiges Ergebnis ergab auch eine entsprechende *Online*-Umfrage.

Die absolute Mehrheit der DW-Leser will für die Tyrannen weder Guillotine noch Tod durch den Strang, sondern sinnvolle Verfahren, in denen die Täter wie Jens Spahn (CDU) versuchen können, sich zu erklären und zu ihrer möglichen Entlastung vorzutragen. Dass die Verbrechen Planer, Täter und Durchführer haben, ist nach nunmehr 180 Ausgaben dieser Zeitung bewiesen. Es sind keine namenlosen Strukturen oder zufällige Naturgewalten am Werk, die sich der Rechenschaftslegung entziehen.

Der große Bürgerrechtler Michael Ballweg (Querdenken), mit dem DW den 2./3. August 2024 eröffnen wird, stimmte zuletzt nochmals zuversichtlich: »Wie erwartet, macht die Berliner Polizei uns Probleme bei der Demo-Planung, aber wir setzen uns durch!«

QUERDENKER GERICHTSHOF

»Die Corona-Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof werden!«, wies der mutmaßliche Massenmörder Jens Spahn unsere Kollegen von NTV an. »Das Corona-Tribunal – der Querdenkergerichtshof« wird nun am frühen Abend des 2. August 2024 in Berlin eröffnet werden. *Ortsangabe wegen der üblichen Schikanen des Tyrannenregimes am Vortag per Newsletter, siehe* NichtOhneUns.de!

Die Täter befinden sich noch auf freiem Fuß, etliche Helden (w/m) des Widerstandes sind ermordet worden, gestorben oder werden vom Terrorregime in Folterhaft gehalten. Bis zur Eröffnung des Querdenkergerichtshofes müssen die lebenden politischen Gefangenen befreit sein, die durch Ihren Einsatz in jedem Fall weitere Menschen vor den Todesspritzen bewahrten. Darunter befinden sich folgende Persönlichkeiten (Postanschriften)

• Justizvollzugsanstalt Landshut, Soldat Maximilian Eder, Berggrub 55 84036 Landshut

• JVA Sehnde/Weiterstadt, Polizeihauptkommissar Michael Fritsch, Vor den Löserbecken 4, 64331 Weiterstadt/Hessen

• JVA Koblenz, Kinderärztin Dr. Dorothea Thul, Simmerener Str. 14a, 65075 Koblenz

• JVA Stammheim, Rüdiger von Pescatore, Asperger Str. 60, 70439 Stammheim

• JVA Stammheim, Andreas Meyer, Asperger Str. 60, 70439 Stammheim

• JVA, Johanna Findeisen-Juskoswiak, Herlikoferstr. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd

• JVA, Dr. Jürgen Peters, Herzogenriethstr. 111, 68169 Mannheim

Widerstand gegen Meinungsdiktat

Immer mehr echte Demokraten und Friedensfreunde bereiten sich auf den totalen Widerstand vor. Ein Aufruf

Fünfundachtzig Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und dreiundachtzig Jahre nach dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion hat die deutsche Regierung Angriffe auf das Territorium der russischen Föderation mit deutschen Waffen freigegeben.

Gegen jegliche historische Verantwortung und politische Vernunft ist Deutschland mit Waffenlieferungen und seiner finanziellen Unterstützung Kiews Teil der US-geführten Kriegsallianz und trägt mit dieser letzten Entscheidung maßgeblich zur weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges bei, bis hin zur Gefahr eines atomaren Weltbrandes

WIDERSTAND: »HISTORISCHE VERANTWORTUNG ERNSTNEHMEN«

In der Festrede zum 75. Jahrestag der Bundesrepublik kündigte Bundespräsident Frank- Walter Steinmeier schon einmal an, dass man sich auf »rauhe und härtere Jahre« einstellen müsse. Die jährlichen Ausgaben für die »Verteidigung« werden exorbitant steigen. Weitere Kriegskredite, verbrämt als »Sondervermögen«, wird das Kriegsparlament auf Kosten sozialer und anderer Leistungen mit überwältigender Mehrheit bewilligen. Die Rüstungsindustrie wird mit unseren Steuergeldern weiter wachsen und horrende Profite erzielen. Ein solcher Kriegskurs verlangt eine stabile Heimatfront. Wir sollen »kriegstüchtig« gemacht werden! Das heißt, wir sollen der »Staatsräson des Krieges gegen Russland« kritiklos und willig folgen.



Demokraten am 29. Juni 2024 in Frankfurt am Main. Die Forderung: Macht Frieden! Foto: Telegram/DW

TYRANNEI UND WELTKRIEGSTREIBEREI

Um das zu erreichen, werden die im Grundgesetz Deutschlands garantierten fundamentalen Grund- und Menschenrechte faktisch außer Kraft gesetzt, so die für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbare Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit. Die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung über eine Politik der Verständigung und des Friedens zum Wohle der Menschen wird in unserem Land reglementiert und unterdrückt. Die Medien als vierte Gewalt im Staat haben sich ihrer Kontrollfunktion entledigt und stattdessen in den Dienst der herrschenden Politik gestellt. Mit beispielloser Kriegspropaganda und antirussischer Hysterie wird die Bevölkerung getäuscht und irregeführt.

Wer der offiziellen Staatsvorgabe nicht folgt, hat mit persönlichen und beruflichen Konsequenzen zu rechnen. Diffamierung, Diskriminierung, Ausgrenzung, Sanktionen, alle Mittel des Staates werden eingesetzt. Die Leitmedien, neue und verschärfte Gesetze, restriktive Auflagen für Versammlungen und Demonstrationen, exzessive Polizeigewalt und geheimdienstliche Maßnahmen sowie eine abhängige Justiz dienen dazu, die Bevölkerung zu manipulieren, einzuschüchtern und folgsam zu machen.

Unzählige Bürgerinnen und Bürger unterliegen bereits der Strafverfolgung, weil sie zu den Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten nicht staatskonformer Meinung sind. Weitere den Überwachungs-, Repressions-, Zwangs- und Sanktionscharakter des Staates verschärfende Maßnahmen sind in Vorbereitung.

Dem widersetzen wir uns!

Wir nehmen die historische Verantwortung Deutschlands für zwei Weltkriege im 20. Jahrhundert und die daraus erwachsene Verpflichtung Deutschlands für Frieden und Demokratie ernst. Es gilt, das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot zu verwirklichen und elementare Grundrechte nicht anzutasten bzw. wieder herzustellen.

Für die Initiative »Meinungsfreiheit verteidigen«, Laura Fr. v. Wimmersperg und Hans Bauer, Rechtsanwalt – Berlin im Juli 2024

KOMPETENZ, KONSTANZ, QUALITÄT, DURCHHALTEWILLEN

Ein Aufruf aus einem Redaktionsversteck

Das perverse Spritzenmörder- und Kriegstreiberregime versucht, über seine Verbrechen einfach »drüberwegzugehen«. In unserem Fall bedeutet das, dass wir nach

- Kündigung unserer Arbeitsstellen
- 14-fachem »De-Banking«
- Verleumdung
- Verfemung
- Niederschlagung
- Terrorisierung
- Inhaftierung und Folter
- Verfolgung
- Vernichtungsversuchen
- Bedrohung mit Ermordung unter anderem durch die »Todesliste der 250« vom Jahreswechsel 2020/2021
- Belegung mit pervers fingierten Klagen und Verfahren

nicht aufgaben, sondern unbeugsam als Journalisten, Verleger, Kulturproduzenten und Gründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung weitermachten. Mit dem Regierungswechsel zur »Ampel« wechselte die direkte Unterdrückung auf die Mittel der Einhegung, des Versuchs, uns »am langen Arm verhungern zu lassen« und den Einsatz von angreifenden V-Leuten (u.a. der Fall des nach kurzer Zeit gewendeten Markus Haintz ab Ende 2020).

Vor unserer 181. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (die diesmal nach etwas verlängerter Pause erscheinen wird, siehe Seite 15) und dem »Corona-Tribunal – der Querdenkergerichtshof«, rufen wir nun dazu auf, echten, aktiven und gedruckten Journalismus im Deutschland der Gegenwart zu stärken durch

- Abschluss oder Erneuerung eines Jahresabonnements der Zeitung
- sowie Spenden und Daueraufträge mit dem Betreff »Crowdfunding«
- relevanter Stärkung unseres Rechtskostenfonds
- sowie relevanten Aufbauspenden für die Errichtung von »Das Corona-Tribunal – der Querdenkergerichtshof«, den wir in den frühen Abendstunden des 2. August 2024 in Berlin eröffnen werden, bevor wir gemeinsam mit dem großen Bürgerrechtler Michael Ballweg am 3. August zur Großdemonstration in unser aller Hauptstadt einladen.

Es ist nicht unmöglich: Unser Kollege und DW-Ehrenherausgeber, der australische Journalist Julian Assange, ist frei! Assange war über ein Jahrzehnt lang von den perversesten Kriegstreibern der Welt verfemt, verfolgt und zuletzt von England in der Folterhaft von Belmarsh gehalten worden.

Wie kam unser Kollege frei? Zuletzt war der demokratische Widerstand zu groß geworden, auch wenn manche Demo für ihn kaum aus einer Handvoll Menschen bestanden hatten. Wir wichen nicht, wir standen für unseren Kollegen ein!

UNSER KOLLEGE UND EHRENHERAUSGEBER

Die Kriegsverbrecher mussten den Journalisten Julian Assange nun freilassen. Dies unter nochmaliger Öffentlichmachung der unzweifelhaften Psychopathie des pervers-asozialen Mörderpacks, das auch noch darauf bestanden hatte, dieser Held der Zeitgeschichte, dem in aller Welt Opern geschrieben und Statuen gewidmet werden (wohlgemerkt für Assange, nicht für die Feldherren und Politikerinnen von »Der Westen™«), müsse sich zunächst zum Schein »schuldig« bekennen, um zurück zu Frau und Kindern nach Australien reisen zu dürfen. Assange wird demnächst auf Demo-Welttournée gehen. In der 179. Ausgabe der Wochenzeitung der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung gingen wir darauf dezidiert in Texten und Bildern ein.

- Die ausgeweitete DW-Verteileraktion für die 181. Ausgabe wird sich wieder direkt auf Frieden, Aufklärung des Spritzengenozids, Kriegsneutralität und raschen Abzug aller ausländischen Truppen aus unserem Land beziehen.

Der Fall Assange ist leider nicht nur ein Aufsehen erregender Einzelfall. In der BRD und in »der Westen™« überhaupt, werden noch immer eine ungeheurliche Anzahl an Demokraten in Folterhaft gehalten. Die perversen Verbrecher, die wir alle im Fall der BRD auch noch bezahlen, halten politische Gefangene in Folterhaft, um diese zu unterdrücken und zu brechen.

Wenn das Regime mit Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex bricht (was zu beweisen war), unerträglich ungerecht agiert (was zu beweisen war), haben wir selbstverständlich jedes Recht (kodifiziertermaßen und im Notfall auch naturrechtlichermaßen), erstens den Unterdrücker und dessen Vollstrecker situativ mit allen Mitteln abzuwehren und zweitens uns generell umfassend demokratisch zu erneuern. Das heißt, den ins Verbechtertum absinkenden Staat abzustreifen, abzuwickeln und uns aus uns selbst heraus zu erneuern – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene in den Grenzen von 1990.

Dafür steht NichtOhneUns.de von Beginn an ein, lässt sich nicht brechen und nicht einschüchtern, nicht aufreiben und nicht vermindern. Dies vor allem, um die Einhaltung von Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex zumindest auf lokaler und regionaler Ebene zu erzwingen, aber auch um den demokratischen Geist in Deutschland, den es zu allen Zeiten auch gab, hochzuhalten. Gemeinsam sind wir die zahlenmäßig größte, langanhaltendste und am weitesten in allen Landesteilen verbreitete überparteiliche Bewegung in allen Jahrhunderten der deutschen Geschichte. Unser Sieg wird umfassend sein (alle fünf Punkte des Fünf-Punkte-Plans).

DIE WENDE KOMMT!

Die Corona-Lüge fällt, einige der größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte sind nun in Panik. Spahn rief im April 2024 gegenüber unseren Kollegen von NTV aus: »Die Corona-Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof werden!« Daraufhin riefen wir selbstverständlich das Corona-Tribunal – der Querdenkergerichtshof aus, das zuletzt durch den uns persönlich sehr gut bekannten Schweizer Kollegen Milo Rau und dessen Sodenkamp&Lenz-Imitation im Zuge der Wiener Festwochen deutlich gestärkt worden war (DW berichtete).

Für die Eröffnung von »Das Corona-Tribunal – der Querdenkergerichtshof« am frühen Abend des 2. August 2024 in Berlin rufen wir nun zu Spenden auf. Benötigt wird Veranstaltungs-, Übertragungs-, Sicherheitstechnik, Rechtskosten und Anreisekosten für unsere internationalen Gäste.

Halten Sie sich bitte, wenn Sie können, nicht schamhaft zurück, vielen Dank!

UNTERSTÜTZUNG | Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64, BIC: WELADED1UMP, Verwendungszweck: Crowdfunding.

Denn was Kompetenz, Konstanz, Qualität und Durchhaltewillen betrifft, müssen wir hier wahrlich nichts mehr erklären und nichts mehr beweisen. Unterstützen Sie sehr gern und umfangreich die Guten, aber bitte auch die Besten! Denn uns gelingt vieles aus dem Nichts, aber ewig können wir nicht alles durch Leben am Existenzminimum herstellen, während manch' Online-Quassler und Fake-Anwalt die Demokratiebewegung von ihren neuen Villen »auf Malle« oder den Malediven aus angrinsen (»neuer Tipp, kauf Dir Gold und Whiskey!«). – *Auszüge aus dem 733. NichtOhneUns.de-Newsletter*



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Wider den Kadavergehorsam«

Der Berufssoldat Jan Reiners soll ins Gefängnis, weil er sich die giftige Corona-Injektion nicht hat verabreichen lassen



»Order aus dem Ministerium, dass Soldaten, die die Injektion verweigern, alles genommen wird.« Der Soldat Jan Reiners

DW: Vor Corona waren Sie Soldat. Nun bekamen Sie Post. Was stand in dem Brief?
Jan Reiners: Ich erhielt eine Ladung zum Haftantritt. Ich war zwölf Jahre und zwei Monate Soldat bei der Bundeswehr gewesen und erhielt dort den Befehl, mich gegen Corona impfen zu lassen. Diesen Befehl habe ich verweigert und diese Entscheidung und meine Gründe hierzu bei meinen Vorgesetzten kundgetan. Dadurch, so hieß es, habe ich Befehlsverweigerung begangen, was die Staatsanwaltschaft im Anschluss als Gehorsamsverweigerung wertete. Ein Gericht hat mich dann zu 40 Tagessätzen verurteilt. Die nächste Instanz, in die ich ging, bestätigte dieses Urteil. 40 Tagessätze à 15 Euro, die ich nach meiner unehrenhaften Entlassung aus dem Dienst zahlen sollte.

DW: Warum kommt eine Zahlung dieser 600 Euro für Sie nicht in Frage?
J.R: Ich habe nichts falsch gemacht und die Zahlung würde mir als Schuldeingeständnis ausgelegt werden. Deshalb muss ich nun für 40 Tage ins Gefängnis gehen. Hierbei habe allerdings noch Glück …

DW: … wenn man das so sagen kann …
J.R: Alexander Bittner, Oberfeldwebel in Bayern, soll bald für sechs Monate in Haft gehen, weil er die Coronaimpfung nicht genommen hat.



DW: Selbst bei der Bundeswehr ist die Corona-Impflicht unter dem Namen Duldungspflicht nun ausgelaufen. Warum stellt man Ihnen immer noch dermaßen fanatisch nach?
J.R: Ich denke, hier wird eine politische Agenda durchgezogen. In Fällen, wo Soldaten Diebstahl begingen und sogar auch in Fällen, wo Soldaten die befohlene Grippeschutzimpfung verweigerten, war das egal, hat bei der Bundeswehr niemanden groß interessiert, es gab nur minimale Strafen. Hier bei der Coronaimpfung wurde die Verweigerung jedoch so hart verfolgt, dass Soldaten bis zu 6.000 Euro Strafe zahlen mussten, für sechs Monate ins Gefängnis sollen und dazu noch unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen werden. Dabei muss man wissen: In der Bundeswehr lernt man nicht unbedingt Dinge, die einen für den sonstigen Arbeitsplatz besonders qualifizieren. Was will man mit der Fähigkeit Handgranaten gut werfen zu können sonst anfangen?

DW: Also Strafen für Handlungen, die überhaupt keinen Schaden verursacht haben und die keinen Schaden hätten verursachen können, da diese Spritzen keinen Fremdschutz, sondern maximal Eigenschutz bedeutet haben.
J.R: Es ist anscheinend eine Order aus dem Bundesverteidigungsministerium, dass Soldaten, die diese Impfung verweigerten, alles genommen werden soll. Das hat mein Anwalt sogar schriftlich. Und das bei einer Impfung, die immer noch ausschließlich eine Notfallzulassung hat und die sich immer noch in der Experimentierphase befindet. Wir Soldaten haben einen Eid auf das Grundgesetz gesprochen, wo an erster Stelle die Würde des Menschen steht. Erzwungene Menschenversuche sind jedoch mit der Würde des Menschen nicht zu vereinbaren, weshalb ich diesen Befehl nicht anerkennen kann.

DW: Der Staatsbürger in Uniform als Modell der Bundeswehr und kein Kadavergehorsam.
J.R: Das ist das ja Erstaunliche: In der zweiten Instanz sagte der Richter sogar, dass der Befehl zur Impfung rechtswidrig gewesen sei. Befehl sei nun mal Befehl für einen Soldaten, meinte der Richter. Dieser Richter hat augenscheinlich keine Ahnung davon, wie die tatsächlichen Vorschriften in der Bundeswehr sind. Denn dort heißt es eben klar *nicht*, dass Befehl schlicht ein Befehl ist. Und so jemand urteilt über mich.

DW: Woher nehmen Sie die Kraft, das auf sich zu nehmen?
J.R: Einmal, weil es richtig ist, weil ich den Eid gesprochen habe und weil wir, die wir im Dienst des Staates arbeiten – an welcher Stelle auch immer –, dieser Staat sind. Ich habe in meiner zwölfjährigen Dienstzeit einige Verteidigungsminister erlebt. Da ist es auch die Verantwortung von uns, die bleiben, denjenigen, die hier Verfassungswidriges anordnen, klar und deutlich Nein zu sagen.

DW: Wann soll Ihre Haft beginnen?
J.R: Ich habe noch ein paar Tage Zeit. Die Frist läuft am Freitag, den 12. Juli 2024, aus. Dann muss ich mich in der JVA Lingen-Damaschke im Grenzweg 39 in 49811 Lingen einfinden. Nüchtern und ohne Einfluss von Drogen, wie es im Brief steht (lacht). Das werde ich an diesem Tag auch tun.

DW: Können Sie beim Einzug Unterstützung von Demokraten gebrauchen? Und empfangen Sie gerne Briefe?
J.R: Zweimal ja. Die genaue Zeit, wann ich dort auflaufe, gebe ich über den Telegramkanal »Soldaten für das Grundgesetz« bekannt.

DW: Herr Reiners, wir danken Ihnen für das Gespräch.
Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

FRITSCHS GEBURTSTAG

Folgendes Schreiben erreichte die Redaktion ohne Absenderangabe. »Ich danke Ihnen, dass Sie sich so sehr für meine liebe Brieffreundin Dr. med. Bianca Witzschel engagieren. Ich möchte Sie darüber informieren, dass der Polizist Michael Fritsch am Samstag, den 13. Juli 2024, Geburtstag hat. Es ist sein 61. Geburtstag. Leider ist er noch immer in Haft. Über Post von Ihren Lesern wird er sich sicher sehr freuen.

Seine Adresse:

JVA Weiterstadt
Michael Fritsch
Vor den Löserbecken 4
64331 Weiterstadt/Hessen«

BEWEGUNGSGRÜNDER

Mir bedeutet das etwas, dass Almuth Bruder-Bezzel und Klaus-Jürgen Bruder in ihren Reden (zu unseren Vierjahres-Feiertagen um den 28. März 2024; red.) ganz klar erwähnt haben, dass Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz die Gründer der Bewegung sind und Uli Gellermann im Beginn auch wichtig war (gemeint ist die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020; red.). Denn ich finde die anderen auch wichtig, aber es macht mich misstrauisch, dass die Alternativmedien fast gar nicht auf NichtOhneUns eingehen, obwohl wir jeden Tag auf der Straße sind im ganzen Land. Da steht sogar im Mainstream mehr, wenn auch nur Negativpropaganda. Ich glaube, vor dem Volk haben nicht nur die GEZ-Marionetten Angst!
– Martin Z., Franken

ERMÜDUNG?

… liebe die Zeitung und mache seit der 122 immer mein Quartalsabo, weil ich mir mehr nicht leisten kann… Mir fiel auf, dass manche Seiten mehr Tippfehler haben als am Anfang. Werdet Ihr müde…? – Cansu, Raum Essen
Red.: Ja, das ist ein Grund bei zunehmenden Widrigkeiten – Entschuldigung bitte!

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
instagram.com/demokratischerwiderstand
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

»RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG, SEXUELLE BELÄSTIGUNG«

Schwere Vorwürfe: Wird nun das WEF zerstört? | Von Vanessa Renner

Das *Wall Street Journal* bläst am 29. Juni 2024 zum Angriff gegen das Weltwirtschaftsforum. Gegen das im schweizerischen Genf ansässige WEF, das sich als Speerspitze einer großen Transformation zu einer »gerechteren«, *woken* Weltordnung gibt, werden schwere Vorwürfe erhoben.



Streit im Führerbunker: Der Fürst des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab wird nun von der Wallstreet beschossen. Was soll jetzt aus seinem »Great Reset« werden? Der deutsche Ingenieur war jahrzehntelang führender Eierlecker der Großkapitalisten des Erdballs, auf dem Bild beim selbsternannten Weltwirtschaftsforum (WEF) in der Schweiz im Januar 2024. Foto: World Economic Forum/Jakob Polacsek

Angeblich sollen ausgerechnet dort sexuelle Belästigung, rassistische Benachteiligung und Diskriminierung an der Tagesordnung sein. Die Recherchen des *Wall Street Journal* (WSJ) stehen in auffälligem zeitlichen Zusammenhang zum Rücktritt von Klaus Schwab als WEF-Chef.

Das Image des WEF nimmt durch eine Recherche des *WSJ* aktuell schweren Schaden: Während freiheitsliebende Menschen ohnehin nicht mit Kritik am Forum und seinen ökosozialistisch anmutenden Zielsetzungen sparen, dürfte nun auch der Rückhalt der »Woken« zu bröckeln beginnen. Denn während das WEF nach außen hin auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit pocht, erwecken die Offenlegungen des *Wall Street Journal* den Eindruck, als würde man diese Werte in Wahrheit überhaupt nicht leben.

OH, WUNDER!

Laut WSJ soll das 1971 gegründete WEF mit rund 1.000 Mitarbeitern Schauplatz sexueller Belästigung und Diskriminierung sein. Das Betriebsklima wird als »toxisch« beschrieben. Die Organisation habe eine »frauen- und schwarzenfeindliche Atmosphäre« zugelassen, so das *WSJ* – was besonders pikant ist, bedenkt man, dass das WEF sich doch als wackerer Kämpfer gegen Sexismus und Rassismus präsentiert.

Die Zeitung nimmt hierbei Bezug auf interne Beschwerden, E-Mails und Interviews mit Dutzenden aktuellen und ehemaligen Mitarbeitern des Forums sowie Personen, die mit dessen »Praktiken« vertraut seien. Konkret will man sich mit mehr als 80 Mitarbeitern ausgetauscht haben. Teilweise arbeiteten diese Personen schon in den 1980er Jahren für das WEF. Neu scheint die beschriebene Problematik also nicht zu sein.

»WEF-UGEES« BEKLAGEN BELÄSTIGUNG

Die »WEFugees« (Sprachspiel, dt. etwa WE-Flüchtlinge), wie eine *WhatsApp*-Gruppe von Hunderten Betroffenen heißen soll, beklagen unter anderem sexuelle Belästigungen durch leitende Angestellte, aber auch Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe sowie des Alters. So sei von weiblichen Mitarbeitern erwartet worden, dass sie Delegierten auf Abruf sexuell zur Verfügung stehen; schwarze Mitarbeiter derweil beschwerten sich nicht nur über die Verwendung des N-Worts, sondern auch, weil sie bei Beförderungen übergangen wurden. Weitere Vorwürfe betreffen Schwangerschaften bei Mitarbeiterinnen, die demnach nicht gern gesehen wurden. Eine Mitarbeiterin soll dem Bericht nach daher so darauf bedacht gewesen sein, dass niemand von ihrer Schwangerschaft erfuhr, dass sie sich überarbeitete und schließlich eine Fehlgeburt erlitt. Schwab selbst soll außerdem einmal seinen Personalchef beauftragt haben, eine ganze Gruppe von über-50-Jährigen zu feuern, damit das Durchschnittsalter der Belegschaft sinkt. Der fragliche Personalchef soll sich geweigert haben – und wurde kurz darauf entlassen.

Schwab selbst, seit 1971 verheiratet, werden zudem anzügliche Äußerungen und ein fragwürdiges Verhalten gegenüber Mitarbeiterinnen vorgeworfen, das als eher »unangenehm als bedrohlich« beschrieben wird. »Mitarbeiter sagen, dass Frauen seit den Anfängen des Forums vor Schwab gewarnt wurden: Wenn Sie mit ihm allein sind, könnte er unangenehme Kommentare zu Ihrem Aussehen abgeben«, so berichtet das WSJ. Obendrein soll er vorzugsweise attraktive Menschen eingestellt haben, die dann auch an den Treffen in Davos teilnahmen. Bedenklich: Offenbar gab oder gibt es eine eigene Bezeichnung für sexuelle Kontakte zwischen den sogenannten VIPs und den Mitarbeitern. Gemäß der Farben der Abzeichen, die beide Gruppen dort tragen, soll sich demnach der Begriff »*white on blue action*« eingebürgert haben. Bedenkt man, dass auch *Escort-Services* (Prostituierte; red.) vor Ort gemeinhin ausgebucht sind, sobald das WEF in Davos tagt, muss man sich fragen, welche »Action« für die Globalisten eigentlich beim WEF im Vordergrund steht. Die Weltenrettung scheint es nicht zu sein?

Das WEF dürfte mit seinen nach außen kolportierten Zielsetzungen natürlich besonders idealistische Menschen, mutmaßlich mit *links-wokem* Weltbild, als Mitarbeiter anziehen. Den Kulturschock schienen viele nicht gut zu verkraften: »Es war beunruhigend, mitzuerleben, wie sich Kollegen unter dem Ansturm von Belästigungen durch hochrangige Mitarbeiter sichtlich von sich selbst zurückzogen, von gesellig und fröhlich zu selbstisolierend übergingen, Augenkontakt vermieden und noch Jahre danach Albträume teilten«, berichtete etwa Farid Ben Amor, ein ehemaliger US-Medienmanager, der bis zu seinem Rücktritt 2019 mehr als ein Jahr beim Forum gearbeitet hatte. »Es ist besonders beunruhigend, wenn man es mit dem Eifer und der Ernsthaftigkeit vergleicht, mit der viele von uns dem Forum beigetreten waren.«

VERSTÖRENDE ÜBERGRIFFE

Die spezifischen Fälle von Belästigungen, die das *Wall Street Journal* auf Basis von Berichten und Beschwerden schildert, sind dabei mitunter durchaus verstörend. So soll sich der damalige Leiter für Technologie und digitale Dienste 2010 während einer Grippeimpfaktion gegenüber einer jungen Mitarbeiterin als Arzt ausgegeben haben: Er forderte sie demnach auf, bestimmte Positionen einzunehmen, und bestätigte, dass sie ihr Oberteil ausziehen solle. Dann betrat ein echter Arzt den Raum. Ein »oberster Schwab-Lieutenant« soll das Ganze gesehen und gelacht haben. Der Technologieleiter behauptete später, es habe sich um einen Scherz gehandelt. Kurz darauf schickte er der Mitarbeiterin Blumen. Die beschwerte sich und wurde zur Personalabteilung zitiert, um das Geschehene zu besprechen. Danach wurde ihre Arbeit plötzlich konstant von ihrem Vorgesetzten kritisiert, obwohl externe *Stakeholder* (Interessensvertreter; red.) sie lobten. Kurz darauf wurde sie entlassen – weil ihre Leistung angeblich schlecht war.

NACH KORRESPONDENZ MIT WSJ: SCHWAB TRITT ZURÜCK

Das WSJ stand mit dem WEF selbst in Kontakt, wo man sich über die Recherchen alles andere als erfreut zeigte. Man weist dort die Vorwürfe entschieden zurück. Ein Sprecher prangerte an, der Artikel würde die Organisation, seine Kultur und Kollegen und auch Gründer Schwab »falsch charakterisieren«. Man betonte, dass Beschwerden wegen Belästigung und Rassismus stets nachgegangen werde – so gäbe es schon seit 2020 Vorwürfe wegen rassistischer Diskriminierung, die allesamt untersucht worden seien und nach denen »angemessene Aktionen« folgten. Das *WSJ* lässt es sich derweil nicht nehmen, auf den zeitlichen Zusammenhang zwischen der eigenen Korrespondenz mit dem WEF und Schwabs Rücktritt hinzuweisen. Dort heißt es:

»In einem Memo an die Belegschaft vom 21. Mai gab Schwab bekannt, dass er beabsichtige, als Vorstandsvorsitzender zurückzutreten, was seiner Meinung nach Teil eines seit langem geplanten Übergangs sei. Er sagte, er bleibe als nicht-geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums tätig. Die Ankündigung erfolgte, nachdem Schwab einen Brief an den Herausgeber und Chefredakteur des Journals geschickt hatte, in dem er seine Bedenken hinsichtlich der Berichterstattung zu diesem Artikel zum Ausdruck brachte.«

Ob der Artikel (weitere?) Konsequenzen haben wird, wird sich zeigen. Am Ende liegt es an jedem selbst, welcher Seite er mehr Glauben schenkt. Die Recherche der Zeitung könnte jedenfalls über alle politischen Lager hinweg für einige Empörung sorgen, denn man muss weder konservativ noch *woke* sein, um die geschilderten Vorkommnisse zu verurteilen.

Dieser Text erschien bei unseren Kollegen der österreichischen Nachrichtenplattform report24.news. Diese wurde Anfang 2021 als Reaktion auf die übergriffigen Corona-maßnahmen in Österreich gegründet, da in den großen Medienhäusern allein die Regierungspropaganda verbreitet wurde.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

ES STINKT ZUM HIMMEL

Geschichte wiederholt sich, das ist ein alter Hut. Mit etwas Mühe sehen wir das im eigenen Land, mit etwas mehr Mühe auch in der Europäischen Währungsunion.

Aktuell treffen sich wie schon vor zehn Jahren die Notenbanker der EZB im portugiesischen Sintra. Und sie lebt immer noch, die damals schon totgesagte Europäische Währungsunion. Damals war Griechenland das Problemkind, heute ist es Frankreich, morgen Deutschland. Ob das wirkliche Krisen sind oder die Angst vor zu stark werdenden politischen Kräften, sei mal dahingestellt. In Griechenland war es Alexander Tsipras, in Frankreich ist es Marine Le Pen und bei uns wird es die AfD sein. Oh ja, und den Medien ist jedes Mittel recht, sie sind sich einig über all die bösen rechten Kräfte, die da wirken und die Länder angeblich ins Verderben stürzen.

Damit nichts anbrennt oder hochkocht, hüllt sich die EZB, allen voran die Französin Lagarde, in Schweigen. Die Krise in Griechenland dürfte bescheiden gewesen sein gegen das, was aus Frankreich droht. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt dort ungefähr 2,8 Billionen Euro, das ist zwölf Mal höher als das von Griechenland. Das rettet man nicht mit ein paar Milliarden wie damals Angela Merkel auf unsere Kosten Griechenland. Das Geld ist verpufft, die Probleme sind noch da. Die 99 Prozent bezahlen, was die feinen Damen und Herren angerichtet haben. Mit Geld drucken, der Lieblingsbeschäftigung der EZB, ist das nicht mehr zu lösen.

DIE WAHRHEIT DRÄNGT ANS LICHT

Wir haben zwar genügend Geld, aber es wird von Politikern verwaltet, die damit nicht umgehen können oder wollen. Zum Teil fehlt ihnen schlichtweg Bildung, aber auch krimineller Vorsatz ist oftmals gegeben. Es stinkt zum Himmel. Sie geben das Geld da aus, wo es den USA recht ist und es deren »tiefem Kapital« dient: Corona, Ukraine, Klima ... Das Wasser wird ans Meer getragen, Demokratie und Frieden werden leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Das Volk schaut zu – oder guckt Fußball. In vielen brodelt es, aber sie schweigen, denn wer spricht, ist rechts. Mundtot gemacht wie etwa die Bauern. Aber die Wahrheit drängt ans Licht. Zum Glück haben viele Menschen den Hintern, wo er hingehört – in der friedlichen deutschen Hose. Ihnen gebührt der Dank, sie schaffen den Frieden von morgen.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

ARD gegen AUF1

Entscheidung vor EU-Behörde: Sensationelle Wende im Logostreit zwischen zwangsfinanzierter ARD und österreichischen Aufklärern AUF1 | *Von pi-news.net*

»Wir haben heute die historische Möglichkeit, der öffentlich-rechtlichen ARD einen gut platzierten Schlag zu versetzen. Einen Schlag für all die Jahre voll Lügen, Propaganda und Zwangsgebühren-Eintreibung.« So eröffnet AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet eine Pressekonferenz zur dramatischen Entwicklung im Logostreit zwischen ARD und dem österreichischen Privatsender AUF1.

ARD ZUNEHMEND IN BEDRÄNGNIS

Bekanntlich hatte der Zwangsgebührensender in einem immens teuren Verfahren verlangt, dass AUF1 sein Logo löschen soll. Begründung: »Wir würden das Logo der ARD nachahmen, und wie ein Parasit vom guten Image der ARD zehren«, berichtet Magnet in der Pressekonferenz, flankiert von der Phalanx der fünf Anwälte, die AUF1 in dieser Causa gegen die ARD vertritt.

Die Juristen gingen zum Gegenangriff über, zweifelten unter anderem beim Patentamt an, ob die ARD die »1« in ihrem Logo überhaupt rechtmäßig führt. Die ARD geriet daraufhin im Zuge des weiteren Verfahrens zunehmend in Bedrängnis. Die Behörde setzte das Verfahren in Österreich schließlich aus und verwies es weiter an die EU-Behörde.

Das Verfahren liegt nun beim »Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum« im spanischen Alicante. »Und es sieht tatsächlich so aus, als müsste die ARD möglicherweise nun selbst ihr Logo löschen lassen. Die ARD würde damit nicht nur den Rechtskampf gegen AUF1 verlieren, sondern auch ihr eigenes Marken-Logo«, berichtet Stefan Magnet.

»Wir haben wahrlich keine Lust, solch aufwändige Verfahren zu führen«, betont der AUF1-Chef. »Man zwingt uns diese auf und wir müssen uns wehren. Die wollen uns weghaben, weil wir ihre flächendeckende Propaganda durchkreuzen.« Warum das teure Verfahren überhaupt geführt wird? »Es geht hier nicht nur um ein Logo. Das Ganze ist Teil eines umfassenden Angriffs auf freie Medien und damit auch gegen die Meinungsfreiheit.«

STEFAN MAGNET IST ZUVERSICHTLICH

Das Ganze sei wie der Kampf zwischen David und Goliath. »Doch vielleicht hat Goliath den David wieder einmal unterschätzt. Die Chance ist groß und möglicherweise können wir dem Riesen nun einen empfindlichen Schlag versetzen. Einen Schlag, der einmalig in der Mediengeschichte Europas wäre«, freut sich Magnet.

Dieser Text erschien am 1. Juli 2024 zuerst bei unseren Kollegen von *pi-news.net*. Wir haben ihn nur geringfügig den Erfordernissen unserer Zeitung angepasst und danken den Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

PI-NEWS STEHT FÜR »POLITISCH INKORREKTE NACHRICHTEN«! *Auf der Internetpräsenz unserer Kollegen und Kooperationspartner im Zuge der Aufklärungs-Winteroffensive 2021/2022 heißt es unter »Leitlinien«: »Die politische Korrektheit und das Gutmenschentum dominieren heute überall die Medien. Offiziell findet diese Zensur natürlich nicht statt, dennoch wird über viele Themen, selbst wenn sie von höchster Bedeutung für uns und unser Land sind, nur völlig unzureichend oder sogar verfälschend ›informiert‹.«*

pi-news.net dagegen bestehe auf dem Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, weshalb es auf der Nachrichtenplattform vor allem um »die Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne von politischer Korrektheit durch Medien und Politik« gehe. Man greife insbesondere Tabuthemen auf und vermittele Informationen, »die dem subtilen Diktat der politischen Korrektheit widersprechen«.

PI-News besteht auf die Wahrung der Menschenrechte, wie es auch das Grundgesetz fordert, und richtet sich gegen die Islamisierung Europas. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, die ansonsten zu über 90 Prozent mit Originalbeiträgen für diese Zeitung arbeitet, ehrt in dieser Verteilerausgabe verschiedene Online-Kollegen durch unlöschbaren Abdruck und massenhafte Print-Verbreitung außerhalb der bekannten Leserschaft..







Kolumne Medien

HAPPY BIRTHDAY!

In der vergangenen Woche durfte er endlich nachhause: Unser Kollege und DW-Ehrenherausgeber war über ein Jahrzehnt lang vom perversesten Kriegstreiber- und Lügnerpack verleumdet und verfolgt worden, weil er die Wahrheit veröffentlicht hatte. Zuletzt war unser Kollege von England fünf Jahre lang in der Folterhaft von Belmarsh Prison gehalten worden. Befreit! Am 3. Juli feierte Julian Assange seinen 53. Geburtstag mit seiner Frau und den beiden Kindern in Australien. (bat)

MELDUNG

50 JAHRE ARBEIT FÜR FAST NICHTS

Berlin/DW. Die Zahl der Rentner, die mit der »Grundsicherung« auskommen müssen, ist so hoch wie nie zuvor. 720.000 Rentner bezogen laut Daten des Statistischen Bundesamtes vom 4. Juli 2024 die sogenannte Grundsicherung. Die Zahlen waren auf Anfrage des Bündnis Sahra Wagenknecht veröffentlicht worden. Demnach gab es seit 2015 einen Anstieg um rund 40 Prozent. Damals bezogen »nur« 500.000 Menschen die Zwieback-Rente. »Das Allzeithoch bei der Altersarmut ist das nächste Armutszeugnis für die Ampel«, kommentiere BSW-Namensgeberin Wagenknecht die Zahlen. (hes)

OMAS MIT DER MACHT: »OPPOSITION AUSTROCKNEN«

Berlin/DW. Nach Agitation der sogenannten »Omas gegen Rechts« schloss die Berliner Volksbank ein Spendenkonto der Partei AfD. Die gut betuchten Wilmersdorfer Witwen hatten Anfang Mai eine *Online-Petition* gestartet, die ihren Angaben zufolge über 33.500 Unterschriften verzeichnete. Die Volksbank entzog nach Angaben der Nachrichtenseite *Apollo.News* der Oppositionspartei daraufhin das Konto. Sparkassen und Volksbanken sind dem Gesetz nach dazu verpflichtet, Bankkonten ohne Ansehen der Person, der Herkunft oder der Weltanschauung anzubieten, da Bankkonten eine Grundvoraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Deutschland sind. Die »Omas gegen Rechts« gingen, so meinen Kritiker, im Namen einer ominösen Mehrheit und Hand in Hand mit den Machthabern gegen Grundrechte ihrer Mitbürger vor. (hes)

DIGITALFASCHISMUS: ES GEHT VORAN

Wien/DW. Das Parlament Österreichs führte am 1. Juli 2024 den verpflichtenden elektronischen Impfpass für die Bürger der Alpenrepublik ein. Laut Angaben des Wirtschaftsjournalisten Norbert Häring sei damit »der Weg zu einem System elektronischer Zugangskontrollen zu Verkehrsmitteln, Veranstaltungen, Geschäften und Wohnhäusern, wie es China mit der *Smartphone-Ampel* vorexerziert hat, geebnet.« Durch das neue Gesetz werden alle Ö-Bürger dazu verpflichtet, sämtliche »relevanten« Daten in ein zentrales »Impf«-Register einzutragen. Eine Möglichkeit auf den elektronischen Impfpass zu verzichten, gibt es nicht. (jro)

AUSGEDROSCHENE UKRAINE

Berlin/DW. Landwirte in Deutschland sind frustriert wegen des Billig-Getreides aus der Ukraine und den USA. Dies meldete das Agrar-Fachblatt *agrarheute.com*. »Volle Lager, niedrige Marktpreise und Verkaufszwang zerstören unsere heimischen Marktfruchtbetriebe«, so der sächsische Landwirt und Bauernpräsident Torsten Krawczyk (hes)

Fortsetzung von Seite 10

NACH MACRONS DEBAKEL

Bericht und Gastbeitrag von Thomas Oysmüller vom Wissenschafts- und Politikblog tkp.at



Gelbwesten blockieren am 17. November 2018 die Route nationale 19 bei Vesoul (Haute-Saône). Im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz erschien zuletzt »Das Konspirationistische Manifest« der Autorengruppe Unsichtbares Komitee/Anonym. Zum vorliegenden Artikel: Der Blog *tkp.at* besteht seit 2017 und berichtet seit März 2020 kritisch über das Corona-Regime. Teilweise mit bis zu 1,5 Millionen Lesern monatlich. Es ist der Anspruch des Mediums, Stimmen in wissenschaftlichen Diskursen sowie tagespolitische Perspektiven und Ereignisse zu vermitteln, die in der Medienlandschaft zu kurz kommen. Foto: Obier/gemeinfrei

Was erwartet worden ist, ist passiert: Le Pen übernimmt langsam aber sicher die politische Führung in Frankreich. Das bringt ganz Europa in Bewegung.

Seit 2017 ist Emmanuel Macron Staatspräsident von Frankreich. Durchaus mit politisch-strategischen Geschick sicherte er seitdem seine Macht ab, baute Frankreich um und machte den Staat immer autoritärer: Niederschlagung von Protesten (Gelbwesten, Corona, Anti-Pensionsreform), Ausgangssperren, Reformen gegen die Arbeiterschaft und das Volk. Seine vergezogenen Wahlen hat er in der ersten Runde – erwartungsgemäß – verloren und dürfte am morgigen Sonntag zumindest eine Regierung, angeführt von Le Pens Partei, bekommen, die gegen ihn steht. Damit ist seine Herrschaft de facto vorbei. Für Frankreich brechen neue Zeiten an.

BÜRGERKRIEG ALS ZIEL?

Macrons Wahlwerbung war recht kurz. Seine Nachricht: Wer nicht ihn beziehungsweise seine Liberalen wählt, wählt letztlich den Bürgerkrieg. Das zog nicht. Macrons Partei wurde weit abgeschlagen Dritter, hinter Le Pen und der linken Sammelbewegung. Wie es erwartet wurde. Aber was passiert jetzt?

Erst muss noch die Stichwahl geschlagen werden, aber schon jetzt ist klar, dass Macrons Regierung Attal (WEF-Mann) stürzen wird. Macron hat verloren. Seine (angebliche) Rechnung, Le Pen mit der plötzlichen Neuwahl auszubremsen ging nicht auf. Das war aber zu erwarten. Man muss sich also fast fragen, wer oder was den Plan der herrschenden Klassen, dass man den Sieg Le Pens (die 2027 Präsidentin werden will), erlaubt hat. Eine absolute Mehrheit für Le Pens Rassemblement National (RN, Nationale Sammlung) wird schwierig, ist aber noch denkbar. Diese würde Frankreichs Republik dann tatsächlich erschüttern. Florian Philippot, von den fundamentaloppositionellen »Patrioten«, rechnet, egal wie es ausgeht, mit einer nächsten Auflösung der Nationalversammlung 2025. Doch relevant könnte auch sein, wie die Straße reagiert. Schon gestern gab es vereinzelt Proteste auf den Straßen. Für französische Verhältnisse waren diese aber, obwohl die Barrikaden gebrannt hatten, überschaubar. Trotzdem ist Le Pen für große Teile Frankreichs verhasst und sie sehen den RN als den neuen Faschismus, der Frankreich nun überziehen werde. (Es folgen die Überlegungen Alexander Ehrlichs, rechte Spalte)

STRATEGIE DER SPANNUNG IN FRANKREICH? ÜBERLEGUNGEN VON ALEXANDER EHRLICH

»Was, wenn das Ziel nicht der Wahlsieg, sondern der Bürgerkrieg war? Welche Vorteile hätte das? – Ich sehe mehrere mögliche Vorteile:

a) man könnte den Bürgerkrieg für den – unvermeidbaren, aber noch nicht bei allen in den Köpfen verankerten – wirtschaftlichen Niedergang Frankreichs verantwortlich machen.

b) man könnte die – ohnehin nach übereinstimmender Meinung fast aller seriösen Militärstrategen aussichtslose – Kriegsbeteiligung im Ukrainekrieg unter dem Vorwand des Bürgerkriegs absagen, ohne international das Gesicht zu verlieren.

c) man könnte die zahlreichen in der Ukraine operierenden französischen ›Undercover-Agenten‹ und ›Ausbilder‹ (von denen gewiss nicht mehr alle leben), recht einfach unter die ›Opfer des Bürgerkriegs‹ schummeln.

d) man könnte sich einen neuen Aufschwung der sogenannten ›Mitte‹ erhoffen, wenn ›Links‹ und ›Rechts‹ heftig aufeinander losgehen.

Kann dieser Plan aufgehen? In Frankreich ist das Gewaltpotenzial bei Demonstrationen (und auch im Alltag) wesentlich höher als in Deutschland oder Österreich. Ein Franzose fragt nicht erst um Erlaubnis, wenn er demonstrieren oder protestieren will, er tut es einfach. Und er lässt sich auch nicht so leicht aufhalten dabei. Frankreich ist auch wesentlich durchmischter als Deutschland, sowohl in politischer als auch in ethnischer Hinsicht. Grundsätzlich könnte man rivalisierende Weltanschauungen und Nationalitäten dort wunderbar gegeneinander aufhetzen.

Aber: ich glaube, dass die ›Rechten‹ den Bürgerkrieg nicht mitspielen würden. Dass sie sehr genau wissen, dass dies ihren Interessen zuwiderlaufen würde. Dass sie noch anschlussfähiger werden, wenn offenkundig die Gewalt von den »Linken« ausgeht. Und dass sie taktisch klug agieren und den ›Fehdehandschuh‹ nicht aufnehmen werden.«

Gerade für den letzten Punkt sprechen Le Pens Ambitionen, 2027 Präsidentin zu werden. Dafür müsste sie ihren RN nun »entradikalisieren«, zeigen, dass ihre Partei die bessere Mitte, die besseren Liberalen sind. Entsprechende Schritte hat man bereits unternommen.

Dann würde das politische System gar nicht so sehr in Bewegung kommen, zumindest nicht mehr, als es ohnehin schon ist. Denn Macrons Niederlage zeigt vor allem eines: Die »liberale« Mitte – von christlichen Volksparteien über Sozialdemokraten und Grünen bis hin zu Liberalen à la Macron – hat ihre politische Repräsentation verloren.

Dieser Text erschien am 1. Juli 2024 zuerst auf tkp.at, dem Blog für Wissenschaft und Politik. Wir danken dem Autor Thomas Oysmüller und den Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

Wieder von der Leyen

Die Käufliche an der Spitze | Von Uli Gellermann

Wie nennt man im Sprachgebrauch käufliche Frauen? Das passende Wort für Frau von der Leyen anzuwenden, wäre strafbar. Weil Zeit und Geld für einen Beleidigungsprozess an Frau von der Leyen verschwendet wären, wird auf das treffende Wort verzichtet. Also sollte man sie einfach und sachlich korrupt nennen.

Diese korrupte Person wurde vom Europäischen Rat für eine zweite Amtszeit als Präsidentin der EU-Kommission nominiert. Diese Nominierung ist eine üble Inszenierung. Denn der Rat ist nie von der Bevölkerung für diese Kommission gewählt worden. Auch das EU-Parlament, dass die Nominierung der Dame von der Leyen noch absegnen soll, ist aus ungleichen, also undemokratischen Wahlen hervorgegangen.

EU-VORTÄUSCHUNG VON DEMOKRATIE

Zu dieser EU-Vortäuschung von Demokratie passt die korrupte von der Leyen prima. Noch ermitteln Europas Korruptionsjäger gegen Ursula von der Leyen. Denn 2021 vereinbarten die Kommissionschefin und der Pfizer-CEO Albert Bourla einen Impfstoff-Deal in Milliardenhöhe. Offenkundig hatte von der Leyen eine persönliche Beziehung zu Albert Bourla. Für etwa 35 Milliarden Euro hatte die Frau den Pfizer-Deal, die Beschaffung von gefährlichen Spritzstoffen, durchgezogen. Dafür hatte sie nie ein Mandat. Und die Unterlagen für das dubiose Geschäft sind verschwunden.

ILLEGALE ANSCHAFFUNG VON SPRITZSTOFFEN

Die illegale Anschaffung von Spritzstoffen,



DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DEUTSCHLAND SAGT *SORRY* für von der Leyen

Das haben wir nicht gewollt!
We didn't want that!
Ce n'est pas ce que nous voulions!
Dat wilden we niet!
Det ville vi ikke have!
Δεν το θέλαμε αυτό!
Ezt nem akartuk!
Nie chcieliśmy tego!
Não queríamos isso!
¡No queríamos eso!
Non lo volevamo!
Vi ville inte ha det så!
To jsme nechtěli!
Ние не искахме това!
Me ei tahtnud seda!
Emme halunneet sitä!
Nismo to htjeli!
Mēs to negribējām!
Mes to nenorėjome!
Tego nismo želeli!
To sme nechceli!
Bu tas ve sınırsız bir rüzgar!

5 NOTSTANDSREGIME
6 DEMOKRATIEBEWEGUNG
8 VERGIFTET
14 BRAUCHT ES UNS NOCH?

NICHTOHNEUNS.DE

Titelseite #DW156 vom 2. Dezember 2023

die nie validiert wurden und deren Nebenwirkungen bis zum Tode führen können, sind ein gigantisches Geschäft, dass die von der Leyen als Propaganda-Tröte vorangetrieben hat: Am 25. November 2021 behauptete sie: »Eine Impfung schützt Sie und alle anderen.« Mit einer Auffrischungsimpfung müssten wir dafür sorgen, dass »die bislang Geimpften immun bleiben«. Wer es wissen wollte, der konnte damals schon wissen: Es gab nie ein Killer-Virus, es gab nie eine Pandemie.

HANDY-DATEN IRGENDWIE GELÖSCHT

Von der Leyen ist eine Meisterin im Vertuschen: Als es um einen dreistelligen Millionenbetrag für Berater der Verteidigungsministerin von der Leyen ging, wurden die betreffenden Handy-Daten irgendwie gelöscht. Schon damals hätte diese widerliche Politfigur vor Gericht gehört. Aber wo keine Demokratie, da auch kein Kläger. Die von der Leyen hat sogar ihren Doktor-Titel behalten dürfen, als das wissenschaftliche Projekt VRONIPLAG jede Menge Plagiate in ihrer Doktorarbeit feststellte. Die prüfende Medizinische Hochschule Hannover konnte zwar keine Plagiate feststellen, aber »Zitat-Fehler«. Gut vernetzt, ist halb gewonnen.

NACH DER VIRUS-PANIK NUN DIE RUSSEN-PANIK

Der nächste von der Leyen-Deal ist in Vorbereitung: Die EU-Kommissionspräsidentin will etwa 500 Milliarden Euro zusätzlich zur »Verteidigung« ausgeben. Weil die EU angeblich von Russland und China bedroht wird. Nach der Pharma-Industrie darf sich bald die Rüstungs-Industrie über Zuwendungen von Frau Ursula freuen. Wer bei Verstand ist, der weiß, dass die Bedrohung der EU durch China und Russland so real ist wie der »Killer-Virus«. Die deutschen Mehrheitsmedien haben in der Corona-Zeit die Virus-Panik angeheizt, jetzt heizen sie die Russen-Panik an: Für Aufklärung stehen sie nicht zur Verfügung. Auch das Brüsseler Gericht, vor dem die Klage gegen v. d. Leyen wegen des Amtsmissbrauchs im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Impfstoffvertrag mit Pfizer verhandelt werden sollte, wies die Klage zurück. Die Frau fühlt sich wohl im Brüsseler Netz, an dem sie mitgesponnen hat.

Dieser Text erschien am 29. Juni 2024 auf dem unabhängigen Journalistenportal rationalgalerie.de. Die Seite wird seit 2005 vom Journalisten Uli Gellermann betrieben. Ziel ist es, eine Plattform für Nachdenker und Vorläufer zu sein. Gellermann startete am 28. März 2020 mit Sodenkamp & Lenz die größte und langanhaltendste überparteiliche Demokratiebewegung in allen Jahrhunderten der deutschen Geschichte.

»Es drohte Frieden auszubrechen«

Friedensforscher WERNER RUF zur zunehmenden Militarisierung von Politik und Gesellschaft. Das große DW-Interview von Dr. Christine Born

DW: Wie beurteilen Sie die starken Aufrüstungsbestrebungen in Deutschland beziehungsweise in der NATO?

Werner Ruf: Die Aufrüstungsbemühungen der NATO gegenüber Russland starteten etwa ein Jahrzehnt nach der Wende auf drei Ebenen: mit der NATO-Osterweiterung, dem Nichteinhalten von Friedens- und Rüstungskontrollverträgen und mit Großmanövern, die in ihren Szenarien einen Konflikt mit Russland festschreiben.

1999 begann die NATO-Osterweiterung. Polen, Ungarn und Tschechien wurden zuerst Mitglieder, weitere folgten. Von 16 Mitgliedstaaten im Jahr 1999 ist das Verteidigungsbündnis bis heute auf 32 Mitglieder angewachsen. Damit wurde das Bündnisgebiet bis an die Grenzen der Russischen Föderation erweitert. Eine vertragliche Vereinbarung zum Verzicht auf diese Osterweiterung gab es nicht, jedoch wurde, wie später mehrfach belegt, auf höchster Verhandlungsebene eine solche Erweiterung in zahlreichen mündlichen Vereinbarungen ausgeschlossen. Mehr wäre zum damaligen Zeitpunkt auch gar nicht möglich gewesen, weil ja die Warschauer Vertragsorganisation noch bestand, in der die Mehrzahl der heutigen neuen NATO-Mitglieder zusammengeschlossen waren. Wie anders sollte Russland die Schaffung einer neuen Bündniskonstellation begreifen denn als einen Vormarsch des Westens? Und natürlich traf die NATO die Entscheidungen über die Aufnahme von Neumitgliedern allein, Einwände Russlands dagegen wurden nicht gehört.

DW: Welche Verträge waren bedeutsam?

Ruf: Von deutschem Boden wird nur Frieden ausgehen, das ist ein Grundprinzip des Zwei-plus-VierVertrages, der die Vereinigung Deutschlands und seine Stellung im internationalen System nach dem Vertrag der Siegermächte in Potsdam 1945 endgültig regelte. Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom September 1990 zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (USA, UdSSR, F, GB; red.) verwies ausdrücklich auf das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit. »Entschlossen die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen.« Der Vertrag stellte die endgültige innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands her und legte die Personalstärke der Bundeswehr fest. Deutschland verzichtete darin auf die Herstellung, die Verfügung über und den Besitz von ABC-Waffen sowie auf das Führen von Angriffskriegen.

DW: Welche Verträge wurden gekündigt?

Ruf: Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge, die zu Ende des Kalten Krieges geschlossen wurdent. Insbesondere der INF-Vertrag, der bereits 1987 geschlossen wurde und die Stationierung von Raketen und Marschflugkörpern mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km in Europa untersagte. Die USA kündigten den Vertrag 2019. Russland verließ ihn daraufhin ebenso. Gekündigt haben die USA auch schon 2001 den ABM-Vertrag, der die Zahl der gegen angreifende Raketen gerichteten Raketen begrenzte. Es handelt sich also um ein Vertragswerk, das gegen Verteidigungswaffen gerichtet war. Sein Sinn: das sogenannte »Fenster der Verwundbarkeit« offen zu halten und durch die bewusste Inkaufnahme der Gefährdung Frieden zu sichern.

Von entscheidender Bedeutung für Entspannung und die Herstellung eines Zustandes gemeinsamer Sicherheit galt der KSE-Vertrag, der Vertrag über Konventionelle Sicherheit in Europa, mit dessen Erarbeitung etwa zeitgleich mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag und der Charta von Paris (1990) begonnen wurde. Dieses monumentale Vertragswerk listet alle konventionellen Waffensysteme in Europa auf und benennt diejenigen, die nicht, teilweise oder ganz abgerüstet werden sollten. Ziel des Vertragssystems war die Herstellung der strukturellen Angriffsunfähigkeit der Vertragspartner. Den KSE-Vertrag haben ratifiziert: Russland, Ukraine, Belarus und Kasachstan – aber kein NATO-Mitglied. Russland hat sich aus dem Vertrag inzwischen zurückgezogen.

Zusammenfassend: Die 16 NATO- und die sechs Warschauer-Pakt-Staaten planten, die konventionellen Streitkräfte in Europa vom Atlantik bis zum Ural zu reduzieren und zu kontrollieren. In der Charta von Paris 7 verkündeten die Regierungschefs der 34 KSZE-Staaten feierlich das Friedenskonzept für Europa.

Das »Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas« hätte mit diesem Vertrag ein Ende gehabt. Es sah tatsächlich so aus, als würde der Frieden ausbrechen. Er sollte gewährleistet werden durch die in Helsinki geschaffene Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, KSZE, die später institutionalisiert wurde als OSZE, »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa«. Russlands Ministerpräsident Wladimir Putin erinnerte mit einer legendären Rede im September 2001 im Bundestag, also zwei Jahre nach Beginn der NATO-Osterweiterung, an die gemeinsamen Friedensziele und Vereinbarungen. Diese Rede sollte man sich nochmal anhören.

»SICHERHEIT IST, WENN DER ANDERE SICH SICHER FÜHLT«

Als weitere Aufrüstungsschritte sind die Großmanöver der NATO wie »Defender« zu sehen, die sich mit ihrer »Abschreckung an der Ostflanke«, so wie jetzt aktuell »Steadfast Defender 2024«, gegen Russland richten, dem dabei wiederholt unterstellt wird, dass es den Westen angreifen wolle. Alle diese Erfahrungen mit »dem Westen« kann Russland kaum als vertrauensbildende Maßnahmen einordnen.

DW: Warum sind die NATO-Staaten von den hart erarbeiteten friedlichen Lösungen wieder abgerückt?

Ruf: Scharnierstelle war die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Deutschland hatte danach kein Besatzungsproblem mehr, sondern wurde ein ernstzunehmender selbständiger Sicherheitspartner. Deutschland und Frankreich positionieren sich seitdem als Militärmächte und geraten darüber sogar in Konkurrenz. Es begann um 2014 eine erneute Aufrüstung in allen NATO-Staaten. Zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts jedes Mitgliedslandes soll in die Verteidigung investiert werden, ein Richtwert, der innerhalb der NATO festgelegt wurde. Erneut wurde damit Abschreckung zur Sicherheitsdoktrin, ein Konzept, das die Friedensforschung nicht für zielführend hält, da es nur zur spiralförmig wachsenden wechselseitigen Aufrüstung und sich steigerndem Misstrauen führt. Das Erfolgsrezept für Frieden lautet: »Sicherheit ist, wenn der andere sich sicher fühlt.«

Von mehr Rüstung erwartet sich die EU schließlich auch mehr Mitbestimmung innerhalb des NATO-Bündnisses. US-Präsident Donald Trump wurde und wird im Falle eines zweiten Mandats außerdem als unzuverlässig wahrgenommen. Und so wird die Frage gestellt: Müssen die europäischen Staaten in der NATO sich künftig selbst – ohne die Unterstützung der USA – verteidigen? Muss die EU eine eigenständige Abschreckungsarchitektur aufbauen? Diese Vorstellung ist eine starke Treibkraft für eine Aufrüstung innerhalb der EU.

DW: Wie stellt sich die USA denn grundsätzlich zu den Friedensbemühungen zwischen Ost und West?

Ruf: Die USA kündigten – unter Zustimmung der NATO – 2019 unter Trump den ersten Abrüstungsvertrag der Nachkriegszeit, den INF-Vertrag von 1987. Dieser betraf alle Mittelstreckenraketen zwischen 500 und 5.500 Kilometern Reichweite und besagte, dass in Europa kein Atomwaffeneinsatz zwischen europäischen Mächten mehr möglich wäre. Diese Vertragskündigung erhöht natürlich das Gefährdungspotenzial für Europa.

Die Abrüstungsbemühungen in den oben genannten Verträgen wurden in den USA einerseits positiv bewertet, aber die Neokonservativen, die sogenannten Neocons, stimmten nicht zu. Sie wollen die hegemoniale (Militär-)Macht der USA unbedingt erhalten und die Regeln in der Welt bestimmen. Sie gehen auf Konfrontationskurs und akzeptieren nur ein unipolares System. Hierzu ein Zitat des Publizisten Charles Krauthammer aus der Zeitschrift *Foreign Affairs* 1/1990: »Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit ist Amerikas Stärke und die Willenskraft, eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und auch durchzusetzen.«

Auch die Lobby-Gruppe des »Project for a New American Century« (PNAC, dt. etwa »Projekt für ein neues Jahrhundert unter amerikanischer Vorherrschaft«; red.), in der sich hohe Militärs, die großen Rüstungskonzerne, Wissenschaftler und konservative Politiker absprechen, spielt bei dieser US-Machtpolitik eine wichtige Rolle. Seit 2009 heißt die Nachfolgeorganisation *Foreign Policy Initiative* (FPI, Außenpolitikinitiative). Es handelt sich hierbei um einen kleinen Clan, der aber wichtige Schlüsselpositionen an den Hebeln der Macht besetzt.

Präsident Eisenhower nannte solche Zusammenschlüsse aus Kapitalinteressen, Politik, Militär und willfähriger Wissenschaft den »Militärisch-Industriellen Komplex«, der, weil außerhalb jeder demokratischen Kontrolle, eine Gefährdung der Demokratie in den USA darstelle.

Zurück ins Jetzt: Eine Friedensregelung mit der Ukraine verhinderten die USA und Großbritannien im April 2022, also zwei Monate nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, indem sie die Verhandlungen in Istanbul zum Scheitern brachten. Dazu schrieb unter anderem General a. D. (außer Dienst; red.) Harald Kujat, vormals Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, in der *Berliner Zeitung*: »Es bestehen kaum noch Zweifel darüber, dass diese Friedensverhandlungen am Widerstand der NATO und insbesondere dem der USA und der UK scheiterten. Ein derartiger Friedensschluss wäre einer Niederlage der NATO, einem Ende der NATO-Osterweiterung und damit einem Ende vom Traum einer von den USA dominierten Welt gleichgekommen.«

DW: Wie ordnen Sie die momentane Kriegspropaganda ein?

Ruf: Da werden uralte Feindbilder bemüht. Russen werden als »Untermenschen« dargestellt. Viele wissen nicht, dass etwa 27 Millionen als »slawische Untermenschen« abgewertete Menschen im Zweiten Weltkrieg starben, zwei Drittel davon waren Zivilisten. Ich bekam als Fünfjähriger mit, was ein Onkel bei einem Urlaub von der Ostfront erzählte. Die Bewohner der Dörfer, durch die die Wehrmacht marschierte, mussten Gruben ausheben. Und dann wurden Männer, Frauen und Kinder mit Maschinengewehren dort hineingeschossen. Mein Onkel als Kompaniechef musste in die Grube steigen und denen, die danach noch lebten, den »Gnadenschuss« geben. Er sagte, er könne das nicht mehr aushalten. Über diese Massenmorde spricht heute kein Mensch mehr. Es ist erschreckend, dass sich geradezu auf Knopfdruck ein Rassismus wieder herstellen lässt, der an die NS-Zeit erinnert.

DW: Besteht eigentlich ein Interesse an Krieg?

Ruf: Im Prinzip nein. Die europäischen Staaten, also auch Russland und die Ukraine, brauchen diesen Krieg nicht. Deshalb erreichten sie auch relativ schnell das Ziel der Verhandlungen von Istanbul im März/April 2022. Das sah vor: Die Neutralität der Ukraine und die Rückgabe der von Russland eroberten Gebiete im Osten des Landes. Die USA und die NATO aber verhinderten die Umsetzung dieses Verhandlungsergebnisses. Sie wollen, wie das auch die deutsche Außenministerin gefordert hat: »Russland ruinieren.« Die USA führen hier ohne eigene Soldaten einen Stellvertreterkrieg. Möglicherweise um es von der vielfach erwarteten großen Auseinandersetzung mit China im Vorhinein auszuschließen und die NATO zum entscheidenden Faktor auf dem eurasischen Festland zu machen.

Und es gibt erschreckende Kriegssignale bei uns. Es werden Luftschutzbunker gebaut. Die Wehrpflicht soll wieder eingeführt werden, »Wehrfähige Menschen« sollen erfasst werden. Es soll jetzt einen Veteranentag geben. Die Krankenhäuser sollen »kriegstüchtig« werden. Und Bundeskanzler Scholz setzte den ersten Spatenstich für eine neue Rüstungsfabrik. Die Rüstungsindustrie profitiert von all dem in hohem Maße – nicht aber die Menschen. Der Krieg findet schon in den Köpfen statt. Die Kriegsbereitschaft in der Bevölkerung soll erhöht werden.

USA FÜHREN STELLVERTRETERKRIEG

Es wird den Menschen Angst vor »den Russen« gemacht, so dass bei vielen der Eindruck entsteht, man müsse sich dringend wehren. Leider erkennen die Menschen oft nicht, dass dieses eskalierende Vorgehen einen militärischen Großkonflikt nicht verhindert, sondern befördert.

Es gibt wohl auch bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Vorstellung mehr von dem großen Leid eines Krieges – von der wachsenden Gefahr eines Atomkrieges ganz zu schweigen. Die meisten kennen Krieg nur aus dem Fernsehen oder aus Computerspielen. Das ist beängstigend, denn vor gut dreißig Jahren waren wir schon einmal weiter auf dem Weg zum Frieden.

Alle jungen Menschen möchte ich ermutigen, sich für den Frieden einzusetzen, Kriegsparolen grundsätzlich kritisch zu hinterfragen und den Satz von Willy Brandt zu erinnern: »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.«

Dr. phil. Werner Ruf (*1937) befasst sich seit Jahrzehnten mit Friedens- und Konfliktforschung. Er absolvierte vier Jahre Forschungsaufenthalt in Nordafrika, hatte Professuren in den USA und Frankreich inne, lehrte von 1982 bis 2003 an der Universität Kassel mit den Schwerpunkten internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik. Dazu kam seine Gutachtertätigkeit für die EU-Kommission, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).



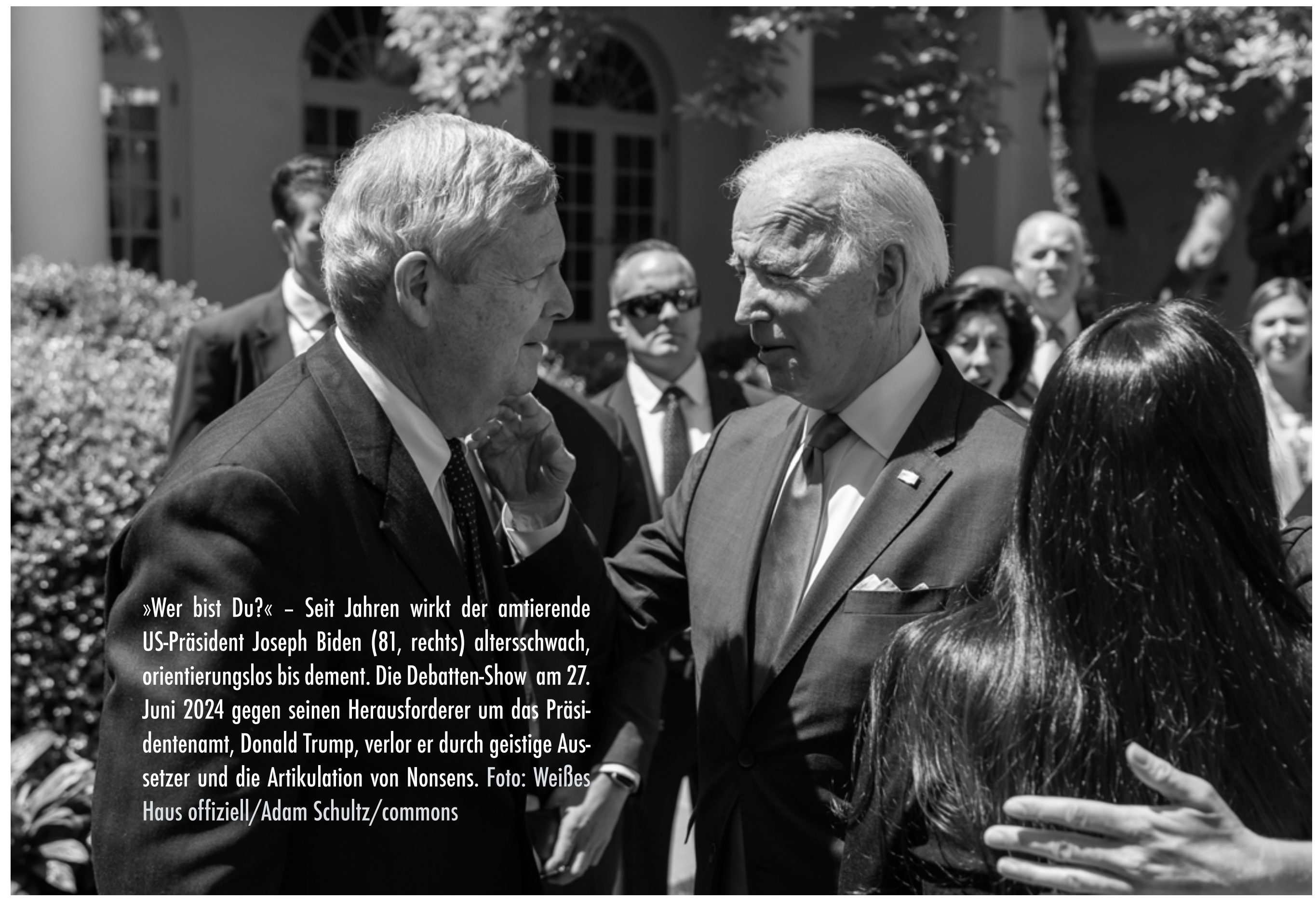
UNSER SIEG FÜR DEN FRIEDEN WIRD UMFASSEND SEIN!

Der 5-Punkte-Plan der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020: I. Sofortiges Ende der Plandemie-Maßnahmen und des WHO-Kontraktes. II. Bedingungslose Wiedereinhaltung von Grundgesetz, Nürnberger Kodex und Menschenrecht in Wortlaut und Sinn. III. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. IV. Volksentscheide in allen grudlegenden Angelegenheiten (Frieden, Währung usw.) V. Verfassungserneuerung aus dem Volk selbst. NICHTOHNEUNS.DE! *Gemeinsam gegen Spalter!*

DAS WAR'S, LEUTE!

Zur Biden-Trump-Fernsehdebatte | Ein Kommentar von CJ Hopkins

Nun, was sagt man dazu, es sieht so aus, als hätten wir es mit einer weiteren »Krise der Demokratie« zu tun. Ja, das ist richtig, Leute, das Grundgerüst der Demokratie steht auf dem Spiel … wieder!



»Wer bist Du?« – Seit Jahren wirkt der amtierende US-Präsident Joseph Biden (81, rechts) altersschwach, orientierungslos bis dement. Die Debatten-Show am 27. Juni 2024 gegen seinen Herausforderer um das Präsidentenamt, Donald Trump, verlor er durch geistige Aussetzer und die Artikulation von Nonsens. Foto: Weißes Haus offiziell/Adam Schultz/commons

Das bedeutet (Überraschung!), dass es wahrscheinlich an der Zeit ist, einen weiteren Notstand auszurufen und eine Art von Notstandmaßnahmen zu ergreifen, um die Menschheit vor wortwörtlichem Faszismus, oder Russland, oder cheap fakes, oder einem Virus … oder was auch immer zu schützen.

Ich habe die Präsidentschaftsdebatte nicht gesehen – sie fand hier in Deutschland um 2 Uhr morgens statt –, aber ich habe so viel gesehen, wie ich am nächsten Morgen ertragen konnte, und ich habe ein paar Schlagzeilen in der Wirtschaftspresse gelesen, und … nun, es scheint, das war's für Biden. Normalerweise würde ich jetzt eine Kolumne voller farbenfroher Adjektive und überflüssiger Adverbien schreiben, die das ganze Spektakel auf die Spitze treibt, aber (a) tun das viele andere – wenn auch ohne überflüssige Adverbien – und (b) bin ich immer noch krankgeschrieben und habe ärztliche Anweisung, das nicht zu tun, das heißt stundenlang am Schreibtisch zu sitzen, Kettenraucher zu sein, Kannen von Espresso zu trinken und meinen Blutdruck in die Stratosphäre zu treiben. – Warten Sie, klicken Sie noch nicht weg. Ich möchte ein paar Dinge zur Debatte, zu Biden, zu Trump und zur »Demokratie« sagen. Ich hoffe, Sie verzeihen mir, wenn ich mich nicht über Bidens Debakel aufrege, als ob etwas Unerwartetes und Erstaunliches geschehen wäre. Und was Trump angeht, so ist das keine Überraschung, er ist immer noch derselbe narzisstische Arschclown wie immer.

Erstaunlich, frustrierend oder ärgerlich – und OK, mein Blutdruck steigt – ist jedoch, wie viele Menschen immer noch glauben, dass sie in souveränen Nationalstaaten leben … Sie wissen schon, wie die »Vereinigten Staaten von Amerika«", die von Individuen wie Biden oder Trump oder wem auch immer die global-kapitalistische herrschende Klasse im November installiert. Die Menschen fragen nun: »Wer regiert das Land?« Die Antwort lautet: dieselbe Gruppe von Mandarinen, die das Land die ganze Zeit »regiert« hat … ja, auch während der Herrschaft von Trump. Ja, auch während der Regentschaft von Obama. Denn es gibt eigentlich kein Land zu »regieren«.

DIE DEMOKRATIE-SIMULATION

Wie Mr. Jensen es Howard Beale in Paddy Chayefskys Filmklassiker »Network« sagte: »Sie sind ein alter Mann, der in Kategorien von Nationen und Völkern denkt. Es gibt keine Nationen. Es gibt keine Völker. Es gibt keine Russen. Es gibt keine Araber. Es gibt keine dritte Welt. Es gibt keinen Westen. Es gibt nur ein ganzheitliches System von Systemen, ein riesiges und immanentes, verwobenes, interagierendes, vielschichtiges, multinationales Herrschaftsgebiet von Dollars. Petro-Dollars, Elektro-Dollars, Multi-Dollars, Reichsmark, Rins, Rubel, Pfund und Schekel. Es ist das internationale Währungssystem, das die Gesamtheit des Lebens auf diesem Planeten bestimmt. Das ist heute die natürliche Ordnung der Dinge. Das ist die atomare, subatomare und galaktische Struktur der Dinge von heute! Dringe ich zu Ihnen durch, Mr. Beale? Sie stehen auf Ihrem kleinen 21-Zoll-Bildschirm auf und heulen über Amerika und Demokratie. Es gibt kein Amerika. Es gibt keine Demokratie. Es gibt nur IBM und ITT und AT&T und DuPont, und Dow, Union Carbide und Exxon. Das sind die Nationen der Welt von heute.« Ich weiß, dass es für viele Menschen schwer zu akzeptieren ist, aber es gibt kein »Amerika«. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eine Provinz, eine territoriale Unterabteilung des supranationalen global-kapitalistischen Imperiums. Und das gilt auch für jedes andere »westliche« Land. Das ist der Grund, warum sich nie etwas ändert, unabhängig davon, welche »Führer« »das Sagen« haben. Mit anderen Worten: Sie sehen eine Show. Eine Simulation. Eine Simulation von Demokratie. Aber nur weil es eine Show ist, bedeutet das nicht, dass sie nichts bedeutet. Die Simulation von Demokratie ist für das Imperium unerlässlich. Sie sorgt dafür, dass wir uns gegenseitig an die Gurgel gehen, anstatt dem Imperium an die Gurgel zu gehen. Und es ist das Theater, das den momentanen Ton der »Realität« angibt … der »Krieg gegen den Terror«, der »Krieg gegen den Terror (Light)«, der Krieg gegen … den Populismus, die Pandemie oder was auch immer.

Ich bin mir nicht ganz sicher, in welche neue »Realität« wir übergehen, aber egal, wen die global-kapitalistischen Mandarine im November ins US-Präsidenten-Amt bringen, ich habe das komische Gefühl, dass die kommenden fünf Monate ein seelenzerfetzendes, neo-orwellsches Spektakel epischen Ausmaßes sein werden. Sie können nicht zulassen, dass Trump noch einmal ins Amt kommt; sie haben sich mit dem Russen-Hitler-Zeug verausgabt. Es wäre ein erneutes Déjà-vu. Es würde mich nicht überraschen, wenn sie Hillary Clinton einberufen, nur um es allen unter die Nase zu reiben, oder die Verfassung wegen der Vogelgrippe oder des globalen Aufkochens oder eines Aufstands der Anti-Vax-Verschwörungstheoretiker aufheben und Obama zum dictator perpetuo ernennen.

Oder – und das ist das erschreckendste, psychotischste, neo-orwellsche Szenario – sie werden einfach bei Biden bleiben, denn was könnte schlimmer sein als ein weiterer »Sieg« von Biden? Darauf scheinen sie im Moment zuzusteuern …

CJ Hopkins, 62 Jahre alt, ist ein US-amerikanischer Buchautor, der in Berlin lebt. Zuletzt erschien von ihm das Buch »The Rise of the New Normal Reich«, für das er von der politischen Justiz der Bundesrepublik unter fadenscheinigen Vorwänden verfolgt und vor Gericht gezerrt wurde.

Dieser Text erschien auf dem Interntnachrichtenportal www.oval.media des Dokumentarfilmers Robert Cibis, der seit 2020 die Verbrechen des Coronaregimes medial aufbereitet.

Hin Da! KULTURKALENDER

Permanent im Juli 2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstraße 26, 10117 Berlin • AUSSTELLUNG • »AntiARTIG & UncancelBAR – Zensiertes unzensiert« von Rudolph Bauer, Oliver Sperl, Jill Sandjaja und Arndt Nollau • Mittwoch – Freitag 17:00 – 22:00 Uhr • Eintritt frei

29.06.2024 • Stralsund; Genossenschaftsladen Menschlich wirtschaften, Wasserstr. 72, 18439 Stralsund • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets unter: www.kabarett-musik.de

04.07.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • BUCHVORSTELLUNG • »Die NATO. Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis« von Sevim Dagdelen, außenpolitische Sprecherin des BSWs • 19:00 Uhr • Tickets: 5 € unter emma-events.com

07.07.2024 • Banzkow; Am Neddelrad / Holzplatz am Störkanal, 19079 Banzkow • FESTIVAL • »Waldklang Festival« mit vielen Künstlern, wie auch Bustek, Lapaz und Goethe, Workshops u.v.m. • 10:00 Uhr – 20:00 Uhr • Eintritt frei, weitere Informationen unter: rosaherz-ev.de

11.07.2024 • Schopfheim; Marktplatz, Hauptstr. 31, 79650 Schopfheim • KONZERT • »Wir gehören zusammen« NENA Live-Open-Air • 20:00 Uhr • Tickets: ab 62 € unter eventim.de

17.7. - 21.7.2024 • Menz; Buddhistisches Institut, Neuruppiner Str. 6, 16775 Stechlin • FESTIVAL • »Fest für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Freude« Workshops wie z.B. Yoga, Tai chi u.v.m., Live Musik, gemeinsam kochen und essen, zelten • Anmeldung und weitere Informationen unter: fest-im-norden-2024@oberhavel-steht-auf.de

18.7.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstraße 26, 10117 Berlin√ BUCHVORSTELLUNG+»-Cancel Culture« von DW-HerausgeberMichael Meyen+19:30 Uhr

24.-28.7.2024 • Friesack bei Berlin; Freilichtbühne, Vietznitzer Str. an der L17, 14662 Friesack • FESTIVAL • »Pax Terra Musica« • Anmeldung pax-terra-musica.de

29.7.2024 • Ahrenshoop; Hotel Fischerwiege, Schifferberg 9a, 18347 Ahrenshoop • K-ABRETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 20:30 Uhr+Tickets: 27,50 € unter kabarett-musik.de

03.8.2024 • Hamburg; Angelklub, Fischmarkt 18 • KONZERT • Rapbellions • 18:00 Uhr, Einlass 17:30 Uhr • Tickets: 30 € emma-tickets.com

11.8.2024 • Nordloher Str. 25, 26689 Godensholt • VORTRAG Dr. Stefan Homburg • 15 - 17 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DIE NEUE NORMALITÄT
Auf dem Weg in die Dystopie
Bruder/Bruder-Bezzel/Lemke/Stahmer-Weinandy (Hgg.)
Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-540-6



FREIE WAFFEN FÜR DEN EIGENSCHUTZ
Lars Konarek
Kopp, Rotteburg am Neckar 2024
ISBN 978-3-98992-024-8



MUSLIMISCHE IMMIGRATION
und das Versagen...

Rudolf Brander
Tumult
ISBN: 978-3-94807-519-4



GEGENDRUCK
Das Manova-Magazin

Ullrich Mies und Annette van Gessel (Chefredaktion)
Manova-Edition
ISBN: 978-3-911394-01-7



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST

Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



RICHTIGSTELLUNG
Es war noch nie falsch, quer zu denken!
Michael Ballweg,
Mathias Bröckers, Ralf Ludwig
Tiger Press
ISBN: 978-3-910972-02-5



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



CANCEL CULTURE
Wie Propaganda und Zensur Demokratie und Gesellschaft zerstören
Michael Meyen
Hintergrund-Verlag
ISBN: 978-3-910568-07-5



DIE GROSSE AUFARBEITUNG
Grüner Verein für Grundrechte und Informationsfreiheit (Hg.)

Promedia, Wien 2024
ISBN 978 85371 5390



DAS CORONA-ABC
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



SPORT MIT BERTHOLD

DEUTSCHE MEISTER

»Anfangen Fußball zu spielen, kannst du auch im hohen Alter! Die Frage ist ja imer in welchem Tempo und mit welchem Körperkontakt.«

In der aktuellen Ausgabe von *Sommermärchen & Wahrheit* geht der DW-Sportchef nicht nur auf das Europameisterschaftsturnier in Deutschland ein, auf seinen Vorschlag eines Friedensspiels mit Starbesetzung in Moskau oder Kiew unter Schirmherrschaft des Papstes (DW179), sondern auch auf die Freuden eigener leiblicher Ertüchtigung.

»Ich werde bald 60 und ich erinnere mich, wenn wir uns vor zehn oder 15 Jahren zum *Charity-Kick* getroffen haben – und ich spreche jetzt nur von ehemaligen Profis – gab es bei jedem Spiel Verletzte. Dies, weil das Fleisch einfach nicht mehr in der Lage ist, das umzusetzen, was der Kopf will. Der Kopf will ja immer bei einem ehemaligen Spieler. Wir haben es auch noch drin, dass wir immer gewinnen wollen – das ist auch so ein Schwachsinn. Anstatt *relaxed* in ein solches Spiel hineinzugehen, spielt das Gewinnenwollen immer noch eine Rolle. Das ist wahrscheinlich bis zum Lebensende in der DNA drin«, so der Spitzenathlet Thomas Berthold im Gespräch mit DW-Chefredakteur Anselm Lenz.

Thomas Berthold, Weltmeister 1990, Deutscher Meister, Pokalsieger, weist 62 A-Länderspiele für die deutsche Fußballnationalmannschaft auf, 332 Bundesligaspiele, 114 Spiele in der italienischen Serie A, 28 DFB-Pokal-Einsätze, 28 Spiele in der Coppa Italia, 27 Partien im Uefa-Pokal, 6 Spiele im Pokal der Pokalsieger und 5 Einsätze in der türkischen Süper Lig zum Karriereausklang. Seine großen Vereine waren und sind es teils noch: Eintracht Frankfurt, Hellas Verona, AS Rom, FC Bayern und der VfB Stuttgart. Heute ist Berthold DW-Sportchef, Bürgerrechtler und Experte auf mehreren Fachgebieten.

Fragensteller Lenz vom Verlagshaus Sodenkamp & Lenz war einst »rasender Sportreporter« für die *Marburger Neue Zeitung*, zuvor E-Jugend-Torhüter, etwas später Leichtathlet und schließlich AFVD-Nationalspieler mit mehreren Teilnahmen an Europa- und Weltmeisterschaftsturnieren im vergleichsweise kleinen Sport des *Flag Footballs*. Seine Vereine waren der SC Poppenbüttel, der Hummelsbütteler SV und die Hamburg Pioneers (SV Polizei). Mit der Theaterfußballmannschaft des Schauspielhauses in Hamburg gewann er 2011 die Meisterschaft der Staatstheater in Kassel.



»Sommermärchen & Wahrheit«, der offizielle EM-Podcast der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand mit DW-Sportchef Thomas Berthold (l.) ist auf YouTube und weiteren Seiten im Netz nachzuvollziehen. Foto: DW

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

GOTT UND DAS GUTE

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Wer die Wahrheit liebt und seinen Blick schult, spürt recht deutlich, wenn etwas gut oder schlecht ist. Eine Seerose, die Funktion des menschlichen Körpers, ein Bienenvolk und tapferer Widerstand gegen ein totalitäres Regime sind gut. Irrtum, Neid, Diebstahl, Ehebruch und auf Kinder geworfene Streubomben sind schlecht.

Nach christlicher Auffassung ist Gott gut. Das ist keineswegs selbstverständlich. Andere Religionen glauben an einen Gott, der über dem Guten steht. Er befiehlt und ist der oberste Boss. Er kann tun, was er will. Einige Religionen haben ein System von Vorschriften entwickelt, denen der Mensch gehorchen muss, um Gott gnädig zu stimmen. Sie nehmen Länder ein und errichten dort eine Herrschaft, welche diese Vorschriften durchsetzt.

Der christliche Gott hingegen wird durch das Gute geleitet, er tut das Gute. Er ist wesentlich gut, das Gute ist ein Teil von ihm. Deshalb gibt er nicht irgendwelche sinnlosen Befehle, um über die Menschen zu herrschen, und er setzt keine religiösen Führer ein, die über die Menschen herrschen. Jesus untergrub so ein Herrschaftssystem, als der den Pharisäern entgegenhielt, dass sie den Menschen vorschrieben, wie sie die Hände zu waschen haben, aber ihr Herz nicht auf Gott ausgerichtet sei. (Markus 7,6)

Damit wies uns Jesus auf Gott und auf das Gute hin, das Befehls-Gehorsams-Systemen entgegensteht. Herrscher und Staaten wollen befehlen, sie bestrafen Ungehorsam. Das sieht man auch an der heutigen BRD deutlich. Der Staat nennt seine Befehle »Gesetze« und die Widerständler – zum Beispiel die tapferen Ärzte, die Maskenatteste oder Impfunfähigkeitsbescheinigungen ausstellten und die heute immer noch bestraft werden – »Straftäter«. Er bezeichnet sich als »Rechtsstaat« und meint damit nicht, dass er sich ans Recht hält, sondern dass er nach selbstgemachten Regeln handelt. Der Staat erkennt kein vom Staat unabhängiges Recht und keinen Gott an. Jesus hingegen wies uns auf die Alternative dazu hin: auf das Gute und auf Gott.

Unser moralischer Sinn gewährt uns einen Einblick in das Wesen und in den Willen Gottes, denn Gott will das Gute. Gott ist aber nicht nur das Gute, er ist keine abstrakte Idee, sondern unser Schöpfer, der eine persönliche Beziehung mit uns möchte.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe. Er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. Mehr Information: www.von-wachter.de



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

als Anselm Lenz und ich im April 2020 anfingen, diese Zeitung machen, hätten wir nie gedacht, dass wir jemals bei der 180. Ausgabe ankommen werden. »Es sind ja nur drei Wochen«, hieß es damals. Doch dann kamen über zwei Jahre *Lockdown*, Kinderquälerei und Spritzenmorde. Direkt im Anschluss die Mobilmachung gegen die Russische Föderation durch die NATO. Und hier stehen wir jetzt mit einer neuen Wochenzeitung für Deutschland mit Vollredaktion, Abonnenten und Verteilern (den Helden dieses Zeitungswunders!) in sämtlichen Regionen unseres Landes und über 30 Millionen gedruckten Exemplaren in 180 Ausgaben. Wir sollen »tüchtig« werden, fordert uns die Regierung auf? – Pardon, das sind wir längst. Und zwar gegen Euren Kriegsmüll. Mit dieser Ausgabe werden wir nun in eine längere Pause gehen als üblich. Und das hat zwei Gründe:

I. Das Regime hat, da es uns nicht einfach verbieten kann, die Strategie gewählt, uns mit Schwachsinnsprozessen zuzumüllen, welche erheblich Zeit und Ressourcen binden. Dazu gehören die Angriffe eines Mannes, der sich uns als »Markus Haintz« vorstellte und der frenetisch, aus seiner, mit Ihren (?) Spenden finanzierten Mallorca-Villa, einen gelben Brief nach dem anderen an uns verfasst. Oft telefonieren Anselm Lenz und ich, wenn wir zum Briefkasten gehen, öffnen die gelben Briefe, die dort drinliegen simultan und spielen damit Bullshit-Quartett: »Ich habe: Strafanzeige wegen Beleidigung.«; »Ich habe: Volksverhetzung. Sticht!« – »Haintz will 8.500 Euro vom Betrieb«, »von mir persönlich will er 2.500 Euro«. Der V-Mann will uns und diese Zeitung vernichten und somit die Opposition enorm schwächen. Dagegen wehren wir uns mit allen Mitteln. – Ein Jens Spahn in klein und mit billigeren Klamotten. Dieser ehemalige Bundesgesundheitsminister, Immobilienhändler und Lügner (»geimpft, genesen oder gestorben!« – Hoppla, wir leben!) will nun ansetzen und dieser Zeitung den »finalen Rettungsschuss« verpassen. Am 11. Juli 2024, um 13 Uhr zerrt er erneut meinen großartigen Kollegen Anselm Lenz, dessen Leistungen für den Widerstand so offensichtlich unterschätzt werden (Seiten 1 und 7).

II. Hinzu kommt die öffentliche Eröffnung QUERDENKER-GERICHTSHOF am 2. August 2024, den wir mit aller Kraft und unserem Können vorbereiten. Die Verbrechen, die hier seit 28. März 2020 begangen wurden und werden, müssen fair, konsequent und nachhaltig aufgearbeitet und dann auch bestraft werden. Und daran arbeiten wir. Seit genau diesem Datum. Währenddessen noch eine Wochenzeitung heraus zu geben, übersteigt unsere Kräfte. Ja, selbst die. (Hinweis: Kein Sabbatjahr, kein Retreat in fernen Ländern, sondern seit vier Jahren ununterbrochen auf der Straße.) In dieser Ausgabe haben wir deshalb bereits einige Übernahmen gemacht, um in aller Kollegialität auf die Seiten unserer Kollegen hinzuweisen, die im Internet ihre Erkenntnisse zwar nicht auf Papier bringen, dafür aber ins Netz stellen. Klar, wir wissen, dass das »weltweite Netz« eben genau das ist: Das Netz der Digitalkonzerne. Zensur, Löschungen, Serverabschaltungen haben wir mitbekommen und davon berichtet. Aber es kann auch nicht 1.000 gedruckte Wochenzeitungen in Deutschland geben. Wir unterstützen unsere Online-Kollegen, wo wir können, so wie sie es für uns tun, nicht wahr! – Wenn bei der nächsten Schweinerei das Internet dicht gemacht wird, treffen wir uns einfach zur verabredeten Uhrzeit auf den Plätzen in unserer Region, so wie es im Demokalender (Seite 6) seit Ausgabe 1 steht.

Am 3. August 2024, zur Großdemonstration des Demokratie-Helden Michael Ballweg in Berlin erscheint dann DW181. Bis dahin werden wir die Werbetrommel zur Finanzierung des Rammbocks gegen die Haintz-Spahn-Klagemauer und das mörderische Kriegsregime rühren. Spätestens dann werden wir sagen können, wie es mit dieser Zeitung weitergeht. Wir liefern hier seit vier Jahren jede Woche ab. Und wir werden weiter abliefern. Dass man sich auf uns verlassen kann, haben wir unter Beweis gestellt. So oder so: Wir verschwinden nicht! Wir sehen uns in Berlin.

Mit demokratischen Grüßen
Hendrik Sodenkamp, DW-Mitherausgeber und Verleger

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

„WER DIE WAHRHEIT NICHT KENNT, DER IST BLOSS EIN DUMMKOPF. ABER WER SIE WEISS UND SIE EINE LÜGE NENNT, DER IST EIN VERBRECHER.“
BERTOLT BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*